

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

30 (5.2.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 S Postgebühren; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.— M; am Postkasten 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelheft 15 S.

Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit: 1/28—1/21 und 2—1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 125; Redaktion Nr. 491.

Anzeigen: Die 7spaltige No. 1-Zeile ober deren Raum 30 S, Reklamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/28 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Deutschland in schwerster Not.

Die neue deutsche Note zur Auslieferungfrage.

Die Vorschläge der Regierung zur Abwendung der Katastrophe. — Alle Kriegsschuldigen vor das Reichsgericht. — Beteiligung der Ententemächte am Prozeß. — Die deutsche Regierung erklärt die Unmöglichkeit, die Auslieferung durchzuführen zu können.

Am 10. Februar ist der Tag, an dem die von der Entente als Kriegsschuldigen bezeichneten deutschen Offiziere an die Entente ausgeliefert werden sollen. Besteht die Entente auf ihrer Forderung, dann ist für Deutschland die Katastrophe unermesslich. In Deutschland werden sich keine Organe finden, die Schuldigen zu verhaften und auszuliefern; jeder Versuch, Gewalt anzuwenden, würde zum blutigsten Bürgerkrieg führen. Die Entente muß von ihrer, nur von der Rache diktierten Forderung Abstand nehmen, sonst gerät schließlich Europa zum zweitenmal in Flammen, denn eine Katastrophe in Deutschland wird die Ententeländer mit ins Verderben hineinziehen.

Die deutsche Regierung hat nun in ihrer neuesten Note eingehende Vorschläge gemacht, um alle Kriegsschuldigen der Bestrafung entgegenzuführen, aber vor deutschen Gerichten. Der Entente wird das Recht zugestanden, dabei weitgehend mitzuwirken. Das ist ein solches Maß von Entgegenkommen, wie es wohl noch in keiner Geschichte eines großen Volkes zu verzeichnen war. Die deutsche Regierung beweist den ernsten Willen, die Kriegsschuldigen zu fassen — und damit müßte sich die Entente begnügen, es sei denn, sie gedenkt das deutsche Volk in armenhafter Elend zu führen, um es für immer als vollkommene und wirtschaftlich machtlos zu machen. Deutschlands Untergang ist aber der Ruin Europas; selbst die Vereinigten Staaten werden von dem Strudel nicht unberührt bleiben. Triumphieren würde der Bolschewismus und über ihn die asiatischen Völker.

Auch die Mehrheit des deutschen Volkes hat den Wunsch, daß diejenigen, die sich Verbrechen im Kriege haben zuschulden kommen lassen, den Richter und die gebührende Strafe finden. Aber — haben nur deutsche Offiziere solche Verbrechen begangen? Will man uns und die Welt glauben machen, die Militäristen der Ententeländer seien Edelmenschen gewesen, die mit den blutigen Kriegskriegesfißeln nur auf den Waden der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit wandelten? Hört man ein Wort davon, daß die Kriegsverbrecher in den Ententeländern zur Verantwortung gezogen werden sollen? Nein! Unter diesen Umständen kann sich in Deutschland kein ehrlicher Mann finden, der unsere Schuldigen dem rachsüchtigen Gegner ausliefert.

Die Unterfertigung unter den Friedensvertrag mit den Auslieferungsparaographen hat man der deutschen Regierung abgelehrt. Dem furchtbaren Trude der Entente, dem fürmlichen Begehren im eigenen Volke nach sofortigem Frieden unter allen Umständen und um jeden Preis konnte sich die deutsche Regierung nicht mehr entziehen.

Nest sollen die Westmächte zeigen, daß sie auch fähig sind, Europa vor dem Chaos zu bewahren und ein schuldloses Volk nicht ins entsetzliche Unglück und ins grauenhafte Verderben zu stürzen.

Die Note der deutschen Regierung ist ein Aufruf in schwerster Not. Die Entente steht unter klaffenden Wunden. Nun sollen die Völker der Entente beweisen, daß sie auch noch wirkliche Kulturvölker sind. Wo bleiben in dieser furchtbaren Stunde die französischen Sozialisten, die ihren Radikalismus stets so geschwätzig auf dem öffentlichen Markte präsentierten? Ihr Besessen würde sich schwer an der Arbeiterbewegung aller Länder rächen.

Die Note der deutschen Regierung hat diesen Wortlaut: **W.B. Berlin, 4. Febr.** Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet:

Die deutsche Regierung hat den Regierungen der a. u. a. Hauptmächte am 1. November vorigen Jahres die vorgeschlagenen Vorschläge dargelegt, die eine Durchführung der in Artikel 228—230 des Friedensvertrags enthaltenen Bestimmungen über die

Auslieferung

von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden.

Die deutsche Regierung hat zur Vervollständigung dieser Darlegungen noch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Auslieferungsgesetze der a. u. a. Regierungen in Deutschland zweifellos die schwersten Straftatbestände nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete ausüben müßte. Insbesondere würden die durch

greifenden Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion insbesondere von Rohle zu ergreifen, im Begriff sind, auf das äußerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies würde natürlich die ernstesten Auswirkungen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage unmittelbar nach sich ziehen.

In der Aufzeichnung vom 5. November v. J. wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die a. u. a. Hauptmächte haben sofort auch Kenntnis von einem weiteren Schritt der deutschen Regierung erlangt, der aus ihren ernsten Willen bezeugt, die eines Kriegsverbrechens oder Kriegsvergehens schuldigen Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen.

Es handelt sich um das von der deutschen Regierung abgelehnte einmündig angenommene, gleichfalls im Abdruck beigefügte Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919. Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die a. u. a. Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der That, durch die Einwirkung der letzten Woche nur noch verstärkten Ueberzeugung von dem außerordentlichen Ernst der Situation hält es die deutsche Regierung aber für ihre unabweisliche Pflicht, in der letzten Stunde noch einmal an die a. u. a. Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer den Interessen dieser Mächte befriedigenden und für Deutschland praktisch möglichen Einigung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert noch einmal den bereits früher zur Erwägung gestellten Weg und gibt demgemäß folgende Erklärung ab:

Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutschen, die von den a. u. a. Regierungen als eines Verstoßes gegen die Befehle und Gebote des Krieges schuldig genannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu übersendenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Weisungen, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa im Wege stehen, außer Kraft setzen, insbesondere die Befehle des Amnestiegesetzes insoweit aufheben. Hinsichtlich des Strafverfahrens soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten alliierten oder assoziierten Regierung das Recht eingeräumt sein, an dem Verfahren sich unmittelbar zu beteiligen. Ueber den Umfang dieser Beteiligung könnte eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre z. B. eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die beteiligten Mächte dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beibringen, der befugt wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen und Beweismittel vorzulegen, Zeugnisse abzugeben und Sachverständige zu benennen, sowie überhaupt Anträge zu stellen und für die Interessen der verletzten Partei zu plädieren. Allen von dem Vertreter gestellten Beweisanträge würde stattzugeben sein. Solche Sachverständige, die Angehörige einer a. u. a. Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von der zuständigen Gerichtsbehörde ihres Heimatlandes benannt werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Die vom Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden, die deutsche Regierung ist ferner bereit über die Einsetzung einer 2. Instanz in Verhandlungen einzutreten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege und nur auf diesem Wege die den Artikeln 228—230 des Friedensvertrags zu Grunde liegenden Absichten der a. u. a. Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. Würden die Mächte dem entgegen auf die Auslieferung der angeklagten Personen bestehen, würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldig fühlen und die deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklichen Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der beiliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftungen und Auslieferungen durchzuführen.

W.B. Berlin, 4. Febr. Die Note, in der die Entente die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt, ist von Herrn Müllerand dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Freiherrn von Lersner überreicht worden. Obgleich Herr von Lersner bereits am letzten Samstag die ausdrückliche Weisung erhalten hatte, eine derartige Note ohne weiteres an das Auswärtige Amt weiter zu leiten, hat er die Note an Herrn Müllerand zurückgeschickt mit der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, bei der Auslieferung Deutschlands mitzuwirken. Herr von Lersner hat telegraphisch seine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgesucht und sofort erhalten.

Die Würde bewahren. — Ein Gelächter Rostes.

W.B. Berlin, 5. Febr. Der Oberbefehlshaber Roste erklärt folgende Kundgebung: Die Würde bewahren! So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbefehls ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch insofern gewahrt wird, daß jede Verletzung von Mitteln der fremdländischen Kommissionen und Militärmissionen unterbleibt, so daß ich nicht genötigt bin, weitgehende Schutzmaßnahmen zu treffen. Der Oberbefehlshaber. **gez. Roste.**

Auszüge aus der Auslieferungsliste.

Berlin, 5. Febr. (Privattelegramm.) Die von den heutigen Morgenblättern veröffentlichte, vielfach verunstaltete Liste der von den Alliierten der Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen enthielt u. a. folgende mit einiger Sicherheit feststehende Namen: Herzog Albrecht von Wittembergen, Sitz vor

Arnim, Prinz Rupprecht von Bayern, vier Herren von Below, darunter Otto von Below, Graf Bernstorff, von Besefer, von Reihmann-Hollweg, Otto von Bülow, E. v. Capelle, Graf Garmer, von Deimling, Demmler, Kemal Pascha, Eber Pascha, Prinz Ernst von Sachsen, Frhr. v. Falkenhäuser, Falkenhain, von Galtwitz, von Geyffert, von Gemmingen, Alfred von Glatz, Graf Gaeleler, von Hausen, von Daniel, Großherzog von Hessen, Feldmarschall von Hindenburg, Prinz August von Hohenzollern, Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Oskar von Hohenzollern, Prinz Friedrich von Preußen, von Lud, von Ingenohl, von Linsingen, von Lothow, General Lubendorff, Feldmarschall von Madenjan, Herzog von Mecklenburg, von Moltke, Reinhard Scheer, Talaat Pascha, von Tirpitz, von Trotha, Luelfv von Tschape, Graf Waldersee, Zimmermann.

Die Reichsregierung und die Auslieferungsliste.

W.B. Berlin, 5. Febr. Die Reichsregierung hat in ihrer heutigen Sitzung mit der durch das Bekanntwerden der Auslieferungsliste geschaffenen Lage sich beschäftigt. Durch die Weigerung des Frhr. v. Lersner, die Note und Liste entgegenzunehmen, ist sie allerdings vorerst noch nicht in Besitz der Schriftstücke. Jedoch haben die Beratungen, die auf der Grundlage der inoffiziell bekannt gewordenen Liste stattfanden, volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß an dem Standpunkte, wie aus der am 25. Januar in Paris überreichten und inzwischen veröffentlichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen festzuhalten sei. Die Reichsregierung hat schon bei Unterzeichnung des Friedensvertrages keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich ist. Diese Ueberzeugung, die sie mit der überproportionalen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei teilt, wird sie bei den weiteren notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten.

Zur Abreise Lersners von Paris.

W.B. Paris, 5. Jan. Febr. v. Lersner hat Paris Mittwoch abend 10 Uhr verlassen. Mittwoch nachmittag beschäftigte man sich in den Wandelgängen des Palais Bourbon mit der durch die unerwartete Abreise des Frhr. v. Lersner geschaffenen Lage. Aus Erklärungen, die Müllerand einigen Parlamentariern abgab, geht hervor, daß dieser Akt nur als eine aus eigenem Antrieb erfolgte Manifestation eines Beamten ausgelegt werden müsse, dessen Demission die von den Alliierten verfolgte Aktion nicht unterbrechen werde. Das Schreiben, dessen Abfertigung Lersner mit der Liste der Beschuldigten direkt in Berlin übergeben werden.

Die Vorkonferenz und Lersners Abreise.

Paris, 5. Febr. Die Vorkonferenz trat gestern Vormittag unter dem Vorsitz von Müllerand zusammen. Sie nahm Kenntnis von dem Schreiben des Frhr. v. Lersner und diskuterte über die zu erteilende Antwort. Ferner wurde die Frage besprochen, auf welchem Wege der deutschen Regierung das Dokument übermittelt werden könnte, dessen Weiterleitung Frhr. v. Lersner ausgedrückt habe. Wahrscheinlich wird man sich des französischen Geschäftsträgers in Berlin bedienen. Die Vorkonferenz beschäftigte sich am Nachmittag mit der nämlichen Frage. Das Schreiben v. Lersners und die Antwort der Alliierten werde voraussichtlich heute Abend veröffentlicht werden. Die Pariser Abendblätter besprechen das Verhalten des Frhr. v. Lersner, indem sie die Schwere des Zwischenfalles hervorheben und der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die Alliierten durch dieses Mandat sich nicht betreten lassen werden und von der deutschen Regierung die volle Erfüllung ihrer fernerlich eingegangenen Verpflichtungen verlangen.

Weibehaltung der Zwangswirtschaft.

Höhere Preise für die Landwirtschaft.

Berlin, 4. Febr. Nichtamtlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers hat heute im Reichswirtschaftsministerium die Besprechung über die Aufstellung des Wirtschaftsprogramms für das nächste Erntejahr begonnen. Die Unterstaatssekretäre Beters und Dr. Girsch, Vertreter des deutschen Landwirtschaftsrates, der landwirtschaftlichen Organisationen der einzelnen Bundesstaaten, Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, Vertreter der großen Städte und des Städtebundes, der Verbraucherverbände und schließlich des Reichsverbandes der deutschen Konsumvereine nahmen daran teil. Den Beratungen dienten die bisherigen Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft als Grundlage. Nach einer kurzen Eröffnungsansprache des Ministers Schmidt hielt der landwirtschaftliche Referent im Reichswirtschaftsministerium einen Vortrag über die voraussichtliche Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im nächsten Erntejahr. Danach sprach Freiherr von Wangenheim und der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen über die Aussichten für das nächste Erntejahr. Diese äußerten in kritischer Form ihre Ansichten über die Abschaffung oder Beibehaltung der Zwangswirtschaft. Die Regierung gab, wie uns mitgeteilt wird, eine Erklärung ab, wonach sie die Zwangswirtschaft im Interesse der Volkswirtschaft weiter aufrecht erhalten, dagegen der Landwirtschaft höhere Preise für die kommende Ernte bewilligen will. Der Erzeugerpreis für eine Tonne Roggen wird sich auf 900 Mk. stellen, der Weizenpreis auf 1000 Mk., der Preis für Herbstkartoffeln auf 20 Mk. für den Zentner. Außerdem wird der freie Handel mit Safer aufgehoben und auch Safer wieder öffentlich bewirtschaftet.

reine
abend
Ball
1612
au.
eines
ater.
336
10 Uhr.
as
d
te
Anlernen
amt,
aus
1814.
elze
1445
Vordang,
Bettlajchen,
in höchsten
rsruhe
30.
arte genügt.
re
1015
stalt
1421.
el
oder
nen
schaft
b. H.
platz
—6 Uhr.

Gegen Hungersnot und Verelendung.

Die für die deutsche Volksernährung verantwortlichen Stellen stehen augenblicklich vor den allerwichtigsten, weil folgenschwersten Entschlüssen. Es sollen die berechtigten Ansprüche von zwei in scharfen Gegensatz zueinander stehenden Interessengruppen befriedigt werden: auf der einen Seite die landwirtschaftlichen Erzeuger, deren Produktionskosten sich mit jeder Verteuerung der Industrieprodukte und der menschlichen Arbeitskraft automatisch steigern und auf der anderen Seite die Heere der wirtschaftlich schlecht gestellten Verbraucher, deren Kaufkraft den ihnen zugemuteten Preisen einfach unterliegt. Trifft keine Wandlung ein, so ist die Folge bei den Landwirten ein weiteres Zurückgehen der Produktion, also ein verschärfter Mangel an Lebensmitteln, neue schrankenlose Preissteigerungen bei allen nicht rationierten Lebensmitteln wie Getreide, Rohen und Tieren, verstärkter Scheitelpunkt in Fleisch, Fett, Mehl und Kartoffeln; und bei den Konsumenten neue Verzweiflungszustände angesichts ihres steten Kampfes mit Hunger und Entbehrung.

Diese an sich gespannte Lage wird durch planmäßige politische Aktionen der Extremen der Katastrophe zugeführt. Mit rücksichtsloser Entschlossenheit fordern die agrarischen Organisationen wie der Bund der Landwirte und der Landbünde vereint mit den unter ihrem Einfluß stehenden Landwirtschaftskammern und Organen der öffentlichen Verwaltung (Landräten) völlige oder fast völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft auch bei den lebensnotwendigen Produkten, während andererseits die Masse der Konsumenten vereint mit den Regierungen das Festhalten an der Zwangswirtschaft als selbstverständlich notwendig ansieht und zugleich die radikalen Massen alles aufbietet, um die Regierung zu zwingen und ihre Autorität zu vernichten.

Die Entwicklung des freien Handels hat praktisch gezeigt, daß die Aufgabe der Bewirtschaftung der führenden Lebensmittel zugleich eine Preisgabe des allgemeinen Wohls ist. Die Wiedereinführung der Hoferwirtschaft ist unvermeidlich und ebenso notwendig ist die Weiterbewirtschaftung aller Getreidearten, der Kartoffeln, des Fleisches, der Milch und der Fette. Angesichts der allgemeinen Lage sind aber sofort eine Reihe von Schritten zu unternehmen, über die es einen Streit kaum noch geben kann. Wir müssen uns entschließen.

1. den landwirtschaftlichen Produzenten die rechnermäßige selbstverständlichen höheren Preise zu zahlen, also Fleisch, Fett und Milch, Brot, Getreide und Kartoffeln zu verteuern;
2. den Landwirten zur Erreichung einer höheren Produktion schnelleren und planmäßig Düngemittel, Maschinen, Rohle, Arbeitskräfte usw. zuzuführen;
3. den wirtschaftlich schwachen Konsumenten, denen die Erzeugung höherer Einnahmen, wie sie den beschäftigten Arbeitern und Angehörigen möglich ist, nicht glücken kann, in umfassendem Maße zu Hilfe zu kommen;
4. die reifliche Erfassung der Produkte neu zu ordnen.

Die zu bewilligenden höheren Lebensmittelpreise können natürlich keinesfalls Weltmarktpreise sein, wie das von agrarischen Agitatoren verlangt wird. Sollte deshalb das Entgegenkommen an die Wünsche der Landwirte nicht den Willen zu größerer Produktion auslösen, sondern sollten die Agrarier weiter damit drohen, den Boden unbestellt zu lassen, so wird die Reichsregierung nicht umhin können, jene Grundzüge der Reichsverfassung rücksichtslos zur Geltung zu bringen, die eine derartige bewusste Schädigung des allgemeinen Wohls unbedingt ausschließen. Es sind das die Artikel 151, 153 und 155 der Reichsverfassung, die dem Reiche das Recht zur Zwangsenteignung und Zwangsverwaltung geben.

Dazu kommt die Reichsriegelungsverordnung vom 29. Jan. 1919 mit den §§ 15, 16, 21 und 22 über Enteignung und Zwangspachtung. Die Reichsverfassung sichert dem Reiche die Ueberwachung der „Nutzung des Bodens in einer Weise, die Ueberbrauch verhindert“, und verpflichtet den Grundbesitzer, gegenüber der Gemeinwirtschaft zur „Bewirtschaftung und Ausnutzung des Bodens“; sie schränkt den Eigentumsbegriff in bestimmte Grenzen ein und begrenzt auch „die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen“.

Wo die Reichsverfassung die Wege so unzweideutig vorgezeichnet, müssen diese entschlossen bestritten werden. Die verantwortlichen Stellen dürfen versichert sein, daß bei einem derartigen zwangswise Eingreifen die Volksmehrheit nicht nur im Prinzip, sondern auch mit praktischer Unterstützung hinter ihnen stehen wird. Gegen Hunger und Verelendung muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln angegriffen werden.

Politische Uebersicht.

Radikales Bekenntnis zum rücksichtslosen Terror.

Unabhängige und Spartakisten halten flammende Entrüstungsreden über den Belagerungsstand und die Verbote von Zeitungen, sie tun so, als vergießen sie blutige Tränen und dabei sind sie selber fest überzeugt, daß sie es noch ganz anders machen würden. Der bekannte kommunistische Führer Fritz Wolffheim nimmt in einem „Pressefreiheit“ überschriebenen Artikel in den Hamburger und Bremer kommunistischen Blättern kein Blatt vor den Mund. Er erklärt es für ganz selbstverständlich, daß die Kommunisten, wenn sie einmal zur Herrschaft gelangten, mit den äußersten Mitteln der Gewalt vorgehen würden:

Für sich selber behalten die Kommunisten also jedes Maß von Diktatur und Terror für erlaubt, das ihnen zweckmäßig erscheint; von der jetzigen Regierung aber fordern sie, daß sie auch gegenüber der roten Gewalt sich jeder Anwendung von Gewalt enthalte. Ihre moralische Entrüstung über den Belagerungsstand ist Komödie.

Der neue Steuertarif.

In Nr. 21 des „Volkstribunal“ veröffentlichten wir im Briefkasten auf eine Anfrage hin den neuen Steuertarif. Nun hat aber der Steuerausfluß der Nationalversammlung einen

neuen Tarif beschlossen und zwar so, wie ihn die Regierung vorgelegt hat. Der Steuertarif, der nunmehr als einzigartig zu betrachten ist, lautet:

Die Einkommensteuer beträgt für die		M. b. S.	
ersten	nächsten	M.	b. S.
1000	10	5000	86
1000	11	5000	87
1000	12	5000	88
1000	13	5000	89
1000	14	5000	90
1000	15	5000	91
1000	16	5000	92
1000	17	5000	93
1000	18	5000	94
1000	19	10000	95
1000	20	10000	96
1000	21	10000	97
1000	22	10000	98
1000	23	10000	99
1000	24	20000	100
2000	25	20000	101
2000	26	20000	102
2000	27	20000	103
2000	28	20000	104
2000	29	20000	105
3000	30	50000	106
3000	31	50000	107
3000	32	50000	108
3000	33	50000	109
3000	34	50000	110
5000	35	Für die weiteren Beträge 60	

Die Schickjalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

64
 „Gut Dank für den wunderbaren herrlichen Kampf des Lebens, Dank für jeden Schlag, der die Unmenschlichkeit tötete, wenn sie sich in mir überheben wollte. Dank für jeden blutenden Schnitt, der meinen Geist von den wilden Trieben des Aberglaubens befreite.“

Auch dafür danke ich dir, daß du mich teilhaben ließest an den großen Gedanken der Zeit — vor allen Dingen aber, daß du mir den Glauben an das Gute, das Schöne und das Wahre erhalten hast — an jene Wahrheit, die immer schön und gut ist, an jenes Gute, das sich in allem Wahren und Schönen findet. — Ich glaube an diese göttliche Dreieinigkeit — an diese drei, die eines sind und nicht getrennt werden können, und an dich — Gottes Sohn — Jesus Christus, die Liebe, die uns bei der Hand nimmt und zu Gott, zur Wahrheit, zur Schönheit und zur Güte führt!“

Als Christensen das gesagt hatte, brach er bewußtlos zusammen — ein Krampf schüttelte seinen Körper, und im nächsten Augenblick gab es zwei Christensen: einen Körperlichen, der im Todeskampf erstarrt auf dem Fußboden ausgestreckt lag — und einen andern verjüngten, körperlichen Christensen, der sich aus demselben Nebelstoff zu bilden schien wie die Gestalten, die den Raum füllten. Dieser Gestalt winkte Christus, und sie stiegen Hand in Hand durch den Nebel empor zum funkelnden Sternenhimmel:

Christensen zog ein Stochwerk höher hinauf!

Wie eine leuchtende Wolke schwebten sie himmelan. Als Christensen auf die Stadt zurück sah, lag sie unter ihm wie ein schwacher Lichtpunkt.

Dann ging es immer weiter, immer höher. Hinaus über Grenzen von Zeit und Raum — hinein in das Unbekannte, das nie zu beschreiben vermag.

Endlich gelang es ihnen in einen großen Saal mit Nischen reinen, zum Himmel emporstrebenden Säulen, über denen sich als Dach ein südlicher Himmel wölbte — vielleicht war es auch anders — menschliche Worte können den Eindruck nicht wiedergeben.

An den Wänden entlang standen Marmorbänke, und auf diesen saßen die großen Geister vergangener Zeiten in vertraulichem Gespräch.

Christus schritt mit Christensen an der Hand weiter. Sein Blick glitt suchend im Saal umher, alles schien besetzt zu sein. Plötzlich entdeckte er einen ganz kleinen Platz, und auf diesen schwebten sie zu.

„Nicht ein wenig auf die Seite, Schopenhauer,“ sagte Christus, indem er das Gewand einer der Gestalten leicht berührte, „damit sich Christensen zwischen dich und Spinoza setzen kann. Ihr drei werdet gewiß eine ganze Menge zu besprechen haben.“

So ging Christensen in die ewige Seligkeit ein.

Ein Weibchen später öffnete sich ganz leise die Tür zu der Kammer, in der Christensen gewohnt hatte.

Ein kleiner Junge fuhr durch den Spalt, blieb auf dem Fußboden liegen, qualmte und jähelte. Blühte einen Augenblick auf und brach dann in einem knatternden Neujahrsgruß los.

Draußen erklang ein schallendes Gelächter; die Tür wurde aufgerissen, und Anderien, Waren und Larsen stürzten herein.

„Prost Neujahr, Christensen!“ riefen sie. Aber gleich darauf verstummte ihr Lärm, denn sie hatten trotz der Dunkelheit den weißen Körper auf dem Fußboden entdeckt. Es mußte etwas geschehen sein.

Lars Larsen brannete ein Richtigstumpfen an, das in einer Flasche steckte. Vor ihnen lag Christensen, jene armelige Gestalt, die dem wahren Christensen zur Wohnung gedient hatte. — Sie beugten sich über ihn.

„Christensen ist tot!“ sagte Lars Larsen feierlich.

„Ach, du lieber Himmel, wie schade!“ rief Anderien. „Und wir wollten ihm doch morgen Grünsohl vorsetzen.“

„Es war das einzige warme Essen, aus dem er sich etwas machte.“

„Nein, daß er gerade jetzt sterben mußte, wo er es selber bekommen sollte,“ sagte Anderien.

„Vielleicht hat er es nun noch besser, als wir es ihm hätten machen können,“ erwiderte Lars Larsen. „Friede sei mit ihm!“

Zu selben Augenblick benannten sämtliche Wöden das neue Jahr einzuläuten. Die Luft erzitterte unter den Klängen; von allen Seiten trachten Säufle

Badische Politik.

Der Uebergang der Badischen Staatsbahnen an das Reich.

Ueber die Modalitäten der bevorstehenden Verreichlichung unserer Staatsbahnen seien in Ergänzung der bereits in die Blätter gelangten Mitteilungen noch folgende Angaben mitgeteilt: Grundgedanke für die Verwertung der kommenden Reichseisenbahnen soll sein, daß die Verkehrs- und wirtschaftlichen Interessen aller Länder gleichmäßig berücksichtigt werden. Für uns in Baden ist von besonderer Wichtigkeit die Bestimmung, daß die von den Ländern bereits begonnenen Bahntouren, so weit ein Bedürfnis vorliegt, vom Reiche zu Ende geführt werden müssen. Falls hierüber keine Einigung zu erzielen ist, soll die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen werden. Das Reich hat die von den Ländern bereits bewilligten Mittel zur Verfügung zu stellen und ebenso neue, dem allgem. Verkehr dienende Bahnen oder den Bau weiterer Gleise, sowie den Um- und Ausbau der bestehenden Anlagen vorzunehmen. Für Baden kämen hierbei in erster Linie in Frage, die Fortführung der Wurgaltalbahn und der Neuchatabahn und wohl auch der Ausbau des neuen Heidelberger Hauptbahnhofes. Ferner hat, wie die Mannheimer „Volkstimme“ mitzuteilen weiß, das Reichsverkehrsministerium sich dem verstanden erklärt, daß das deutsche Eisenbahnwesen nur insofern zu zentralisieren ist, als dies zur Erfüllung der Aufgaben der Reichseisenbahnen dient und für eine einheitliche Verkehrsanstalt als geboten erscheint. Es soll in jedem Land der Sitz von mindestens einer Eisenbahn-Bezirksverwaltung sein. Ferner wird das Reichsverkehrsministerium einen besonderen Vertreter bei der Bundesregierung bestellen, der Landesangehöriger und gleichzeitig Mitglied einer Reichseisenbahnbeförderung des betr. Landes ist. Für die Uebergangszeit sollen in den einzelnen Ländern sogen. Verkehrsämter eingerichtet werden. Für die Schiffsfahrtsstelle am Bodensee ist von Baden, Konstanz, von Württemberg Friedrichshafen und von Bayern Lindau vorgeschlagen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Freistaat Baden-Pfalz.

In einer Zuschrift an die Mannheimer „Volkstimme“ macht ein bürgerlicher rheinpfälzischer Politiker auf eine Stimmung aufmerksam, die neuerdings in der Rheinpfalz zu beobachten ist. Die Stimmung setzt sich ein für den Anschluß der Rheinpfalz an das benachbarte Baden. Vor allem sei es die an den Rhein grenzende Bevölkerung der pfälzischen Gebiete, die, nachdem die rührige Wühlarbeit französischer Agenten für die Schaffung einer neutralen Republik Pfalz mit Anlehnung an Frankreich glücklicherweise erfolglos geblieben sei, nunmehr den Gedanken erwäge, ob nicht die bekannten landesmannschaftlichen, wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Verbindungen, die zwischen den Pfälzern und Baden bestehen, zu einem engeren Anschluß und zur Schaffung eines einheitlichen Staatsgebildes führen könnten.

Der Verfasser weist auf den Zusammenstoß der pfälzischen Kleinstaat zu einem Großfürstentum, auf den Anschluß Koburgs an Bayern und die Unmöglichkeit, bei dem kleinen Umfange als selbständiges Land bei der Einverleibung der Rheinpfalz an das Reich in Frage zu kommen, hin und ebenso darauf, daß das Verbleiben der Pfalz bei Bayern je länger desto mehr als eine Benachteiligung ihrer gesamten Interessen empfunden werde. Deshalb sei die Möglichkeit und der Vorteil eines engeren Anschlusses an Baden nicht von der Hand zu weisen.

Auch geschäftsmäßig seien keine allzu großen Schwierigkeiten zu erwarten. Die Mannheimer und Heidelberg er fühlten sich durchaus als Pfälzer, und auch in weiten Kreisen des badischen Unterlandes bestesse diese Einstellung zu dem stammesverwandten sinesertröhen Pfälzervolke. Auch Karlsruhe habe immer einen regen Verkehr über den Rhein nach Maximiliansau und hinüber nach Landau und Neustadt unterhalten.

Die Zuschrift des pfälzischen Politikers behandelt zwar die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Frage nur leicht, fast oberflächlich, er sagt aber selbst, daß der Zweck seiner Zuschrift lediglich sei, das Problem Baden-Pfalz zur öffentlichen Erörterung zu stellen. Die „Volkstimme“ findet die Gedankengänge für durchaus beachtenswert, glaubt aber, daß die Frage „Baden-Pfalz“ nur in Verbindung mit der Frage „Baden-Württemberg“ gelöst werden kann. Wir möchten dieser Ansicht auch zustimmen. Auch die Heidelberg er „Volkzeitung“ ergängt die Pfälzer Zuschrift durch Aufzählung einer Anzahl guter weiterer Gründe.

Lars Larsen und Anderien nahmen die Güte ab. „Jetzt weiß er mehr als wir alle,“ sagte Anderien.

„Wißt ihr noch, wie er immer sagte, es gäbe keinen Tod?“ fragte Waren.

„Ich glaube, er hat recht gehabt,“ antwortete Anderien, „die, die das ewige Leben in sich haben, sterben nie.“

Dann trat er ans Fenster, öffnete es, schaute zu dem funkelnden Sternenhimmel hinauf und flüsterte: „Ein gutes, neues Jahr, Christensen!“

Ueber das alte Haus sank die Ruhe des Todes.

„Die Menschen sind ausgezogen, damit wir mehr Platz haben,“ verkündigte Meister Grau seiner Familie. „Kommt, wir wollen gleich in die neue Wohnung einziehen.“

Also krabbelten sie in die Küche hinauf und von dort aus in die Stuben; die Jungen aber liefen über die Treppe in Christens Wohnung und ließen sich da nieder.

„Gut ich nicht immer gesagt, daß wir noch einmal reiche Leute würden!“ rief Meister Grau. „Der kann man vielleicht noch mehr verlangen, als ein ganzes Haus für sich?“

Als er dann auf die Suche nach Nahrung ging, zeigte es sich, daß außer Speisereifen, Brotkrumen, Lichtstumpfen und dem sogenannten täglichen Brot, für das man dem lieben Gott dankbar sein muß, noch eine ganze Menge kleiner Lederbissen vorhanden waren, die eine große Rolle im Haushalt spielten.

Aber im Laufe der Zeit entdeckte Meister Grau auch, daß weit mehr Mäuse im Haus lebten, als er bisher geahnt hatte.

Sie hatten alle einzeln gewohnt und geglaubt, sie seien die einzigen Mäuse auf der Welt — jedenfalls die einzigen, die etwas taugten. Und jetzt und man sich, merkte, daß die Welt größer sei, als man je gedacht hatte.

Das war für die Tiere ein ebensolcher Zeitabschnitt wie jener für die Menschen, als Amerika entdeckt wurde.

Nur die kleinen lachen Geschöpfe hinter den Tapeten waren untröstlich; denn als ein Bewohner des Hauses nach dem andern ansog, wurden sie zu jämaler Kost geest. Aber so ist das Leben. eZeit die Menschen müssen sich in das inden, was man schlechte Zeiten nennt.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen die Reaktion — für die Republik!

Am kommenden Freitag, Samstag und Sonntag werden im Verbreitungsgebiet des „Volkstreue“

50 öffentliche Versammlungen

abgehalten werden, die dem Kampfe gegen die Reaktion und für die Republik dienen sollen. Immer unverbüllter und täglich dreister versuchen die reaktionären Volksverderber, den Bestand der jungen deutschen Republik zu untergraben, um an Stelle der Demokratie, der Freiheit und des sozialistischen Aufbaues aufs neue die

brutale Herrschaft eines reaktionären Gewaltregiments

zu sehen. Schon der Versuch, die reaktionären Bestrebungen in die Tat umzusetzen, müßte das aus Millionen Wunden blutende deutsche Volk in neues schweres Unheil stürzen; der Sieg der Reaktion vernichtete endgültig für Deutschland jede Möglichkeit, sich bald oder überhaupt aus dem Elend der Gegenwart zu erheben. Darum:

Massen heraus zum Kampfe gegen die Reaktion!

Das deutsche Volk hat sich ein tragisches Schicksal geschnitten. In der Werkflut, in der des Volkes Glück gefordert und sein Ausfließen vorbereitet werden sollte, standen gewissenlose Stümper, die nicht nach Fähigkeit und Gewissen, sondern nur nach Besitz und Standesherkommen ausermählt waren. Ihnen gab man die schwereren Schicksalshämmer in die Hand. Nicht wie freudig Schaffende, die mit innigster Hingabe beim Werke sind, in dem Bewußtsein, der Menschheit mit ihrer Arbeit ein gehöhrendes Stück Segnung zu bringen, sondern wie rasende Diktanten schlugen sie auf Eisen und Ambos des Geschicks.

Das Herdfeuer schürten schamlose Geoißen.

Die unerfütterliche Meute des Großkapitals hatte ihre verbrecherischen Hände im Spiel. Das Profitfieber stieg an jedem Tage. Die von ihm Befallenen verloren Verstand und Vernunft. Sie tobten und vergaßen jede Rücksicht auf das allgemeine Menschentum. Vor ihr umnachtetes Auge hatte der Profitteufel ein Bild gezeichnet, von dem sich der noch auf normaler sittlicher Worte stehende Mensch keine Vorstellung machen kann. Im Fieberwahn erschien diesen Entarteten das eigene Vaterland zu klein.

Die Militaristen

sehnten sich danach, erobernd in andere Länder zu ziehen. Die Leiber der Hunderttausende von Namenlosen aus dem armen Volke wurden im wildesten Schlachtenkampf erbarmungslos dem feindlichen Feuer preisgegeben. Würde es nicht gelingen, das Vorhaben der Reaktionäre niederzuhalten und unschädlich zu machen, ehe diese rücksichtslosen Verderber Deutschlands loszuschlagen können, wäre

der blutigste Bürgerkrieg

die unausführliche Fiktion. Die Volksmassen aber wollen aus dem Elend heraus. Wir müssen zur Ordnung und zur geregelten Arbeit zurückkehren, wir müssen mit allen Kräften aufbauen, sonst sind wir verloren.

Der Wahnsinn auf der äußersten Linken

hat uns schon enormen Schaden zugefügt; das Gewaltregiment und die Sphären von rechts würden uns völlig zugrunde richten.

Männer und Frauen der Arbeit in Stadt und Land!

Erkennt die Gefahr und seid zur Abwehr bereit. Es ist kein Tag mehr zu verlieren. Die Reaktion ist ungemein rührig. Sie rechnet mit der Ueberrumpelungstaktik.

Ausbreitung der Arbeiterpresse, Stärkung der politischen Organisation

sind die besten Waffen in dem uns bevorstehenden Kampfe.

Der zähe und opferreiche Kampf der Arbeiterklasse

war schwer, aber nicht ohne Erfolg. Endlich führte er zur Vereitigung des alten Macht- und Unterdrückungssystems. Sein Sieg war die Revolution. Nie hätte die Arbeiterschaft zur politischen Macht gelangen können ohne den mächtigen geistigen Einfluß und den mutigen Kampf der

Arbeiterpresse und proletarischen Organisation

Nie sollten die Arbeiter vergessen, daß sie aus dem traurigen Elend ungehemmter privatkapitalistischer Ausbeutung über die furchtbaren Drangsalzeiten rücksichtslos'iger Verfolgungen bis zur allgemeinen Anerkennung sozialpolitischer Schutzes der Besitzlosen und bis zur staatsbürgerlichen Freiheit nie hätten kommen können, ohne ihre mutige und politisch reife Arbeiterpresse; ohne die Tätigkeit der politischen Organisation.

Die politischen Organisationen

sind mit einer Voraussetzung für die erfolgreiche Abwehr der volks- und arbeiterfeindlichen Bestrebungen, für die Festigung der Demokratie und des sozialen Fortschritts. Die Versammlungen am Freitag, Samstag und Sonntag müssen deshalb dem organisatorischen Ausbau mit dienen, ohne den wir den kommenden harten Kämpfen nicht gewachsen sind.

Die schwersten Aufgaben stehen noch bevor.

Die Revolution ist noch nicht beendet. Im Gegenteil, sie ist in Gefahr. Bürgertum und Adel rüsten sich zum großen Schlag gegen die Sozialdemokratie. Sie wollen das alte System wieder herbeiführen. Wehe der Arbeiterschaft, wehe allen wirtschaftlich Schwachen, wenn das geschehen würde. Es würde eine neue Ära politischer Knechtung und wirtschaftlicher Sklaverei beginnen.

Die schweren Wahlkämpfe

stehen unmittelbar bevor. Alles, was an Hoff- und Leidenschaft in früheren Wahlkämpfen bei den volksfeindlichen Parteien sich schon zeigte, wird diesmal noch überboten werden. Die Schattensind bereits vorausgedorren. Millionen werden das Großkapital und die Sippschaft des alten Militarismus opfern. Dieser schwere Wahlkampf wird von der Arbeiterschaft nur mit Erfolg bestanden werden können, wenn sie auch für die Erhaltung und den Ausbau der sozialdemokratischen Presse und der Organisation Sorge trägt.

Parteigenossen! Agitiert für die Versammlungen!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen!

Der Aufmarsch gegen die Reaktion muß ein imponierender sein!

Es lebe der Kampf für die Freiheit! Nieder mit der Reaktion!

Fähigkeit nebensächlich! In einer Klarstellung zu den Vorgängen an der Technischen Hochschule Karlsruhe gegenüber dem „Mannheimer Volksblatt“, das in dieser Frage eine sehr merkwürdige Haltung einnahm, teilt der „Badische Staatsanzeiger“ mit, daß der Vertreter der Studentenschaft, Dipl.-Ing. Fuhr in seiner Unterredung mit dem Hochschulreferenten erklärte: Wichtiger als die Richtigkeit der Sache sei es, daß kein Semit herauf werde.

Jedem ein Kommentar hierzu ist überflüssig, wenn hierdurch der Ausgang der Sache, die mit einem Sieg der Studentenschaft gegenüber der Regierung endete, auch erst vollkommen ins rechte Licht gerückt wird und außerdem eine passende Randglosse geschaffen wird zu den deutsch-nationalen Phrasen im badischen Landtag zur Berufung der Richtigkeit.

Das Zentrum gegen die Heßpresse. Zum Attentat gegen Erzberger wird dem „Badischen Beobachter“ geschrieben, daß das Uebel an der Wurzel erfaßt werden

zum Verichterlaten wurde Abg. Wittenmann (Str.) benannt. Eine Sitzung des Ausschusses, die heute abgehalten werden sollte, wurde abgelehnt.

Badener in Reichsämtern. Der Kommandeur des badischen Genarmenkorps, Oberst Kuenger, ist zum Präsidenten des Reichsmilitärarbeitsamtes in Berlin berufen worden. Kuenger, der bekanntlich früher Staatsanwalt war und im Krieg als Führer des 8. Pataillons der Badischen Leibgrenadiere sich ganz besonders hervorgetan hatte, hat der Berufung Folge geleistet und wird bereits in den nächsten Tagen nach Berlin übersiedeln. Als sein Nachfolger in der Leitung des Genarmenkorpskommandeurs ist der bisherige Distriktskommandeur Semeca ausgerufen. Wie verlautet soll ein weiterer höherer badischer Beamter, Ministerialrat Ritter, vom Justizministerium einen Ruf in das Reichsministerium des Innern als Ministerialdirektor erhalten haben.

Die Redaktionslieferung. Eine von Vertretern der Gewerkschaften Heidelberg und Mosbach, der Industriellen, der Technik, der Architekten, des Handwerks, der Stadt und des Landvolks. Kanalvereins beschlossene Versammlung befaßte sich eingehend mit der Redaktionslieferung. Dabei stellte sich die Versammlung einmütig auf den Standpunkt, daß bei der Kanallieferung nur die Ausführung des sogenannten Rheinprojekts in Frage kommen könne, das einen Stichkanal Heidelberg—Grenz- hof—Rheinau vorsieht.

Zur Landesschulkonferenz.

Die Forderungen der Gewerkschaftsmänner.

Der Verband bad. Gewerkschaftsmänner hat für die am 10. Februar d. J. in Karlsruhe zusammen tretende Landesschulkonferenz die folgenden Leitsätze aufgestellt:

1. Einheitschule.
1. Die Gewerkschaften sind die natürlichen, entwicklungsbedingten geordneten beruflichen Bildungsinstitutionen der werktätigen Bevölkerung und als solche die Erziehungsstätten zur wert- und formstiftenden Arbeit.
2. Bei der Gemeinüberzeugung, daß nur in der produktiven Arbeit unser fünftes nationales und bürgerliches Sein und Werden liegt, muß die Erziehung zur Arbeit, zur Erkenntnis eines dementsprechenden Arbeitsbegriffes und zur Einübung in ein ebensolches Arbeitsbewußtsein zu einer staatspolitischen Forderung ersten Ranges erhoben werden. Als diese Erziehungsstätten dürfen wohl die Gewerkschaften im Bildungsbereich eine hervorragende Stellung einnehmen.
3. Die Gewerkschaften sind somit folgerichtig im System der Einheitschule derart einzugliedern, daß ihrer hohen Bedeutung dadurch voller Ausdruck verliehen wird.
4. Staats- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit, soziale, politische Gerechtigkeit und kulturell-pädagogische Verlangens zinnend die Durchführung der vollständigen, uneingeschränkten Gleichstellung der Gewerkschaften (Mittelschulen) in jeder Hinsicht. (Vergl. die Denkschrift des „V.B.G.“ an den badischen Landtag.)
5. Das Weiterfortbestehen von „gewerblichen Fortbildungsschulen“ als mindere gewerbliche Schulen ist nicht mehr gerechtfertigt, und es ist deren Umwandlung in Volksgewerkschaften nach und nach, jedoch mit möglicher Beschleunigung durchzuführen. Als Lehrkräfte kommen nur voll ausgebildete Gewerkschaftler in Betracht.
6. Zur Eingliederung der Gewerkschaften in das gesamte Bildungssystem und zur Auffassung desselben im Sinne der Berufsbegehung und Berufsbeurteilung nach der Einheitschultheorie wird ein ausgearbeiteter Erziehungsplan zur Diskussion.

2. Lehrerbildung.

1. Die den Gewerkschaften als den Erziehungsstätten zur produktiven werktätigen Arbeit stehenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben bedingen und erfordern eine vertiefte wissenschaftliche Durchbildung des gesamten Lehrpersonals. (Vergl. Erläuterungs- und Ergänzungsbericht zur Denkschrift des „V.B.G.“, Seite 4 ff., Seite 19 ff.)
2. Die fortwährende Fortbildung der Gewerkschaftler erfüllt nicht nur die erziehungswissenschaftlichen, noch nach der fachwissenschaftlichen, noch nach der allgemein bildenden Seite diese Anforderungen.
3. Die fünfjährige Ausbildung muß die Gewerkschaftler auf Grund einer geordneten, tiefergehenden erziehungswissenschaftlichen, sowie fachtechnischen und künstlerischen Durchbildung als Lehrer und Erzieher nach dem Autoritätsprinzip zu Verantwortlichkeiten gestalten, die mit Sicherheit befähigt sind, unsere werktätigen Jugend zu fleißigen, denkenden Arbeitern, und die Gesellen, Gehilfen und jüngeren Meister zu rationell wirkenden, verantwortungsbewußten, mitaufräumenden Staatsbürgern in einer sozial-ethischen Einführung in den jetzigen Staatsorganismus und zu ebenbürtigen, ebelgeleiteten, sittlich handelnden Menschen in einer geistig-seelischen Allgemeinbildung heranzubilden.
4. Der Staatsgrundgesetz der politischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger in unserem jetzigen Volkstaat verlangt unbedingt, den werktätigen Berufsständen eine Bildung zu verleihen, die sich auch hinsichtlich der Erzieher- und Lehrereignisse auf die gleichen Bedingungen stützt wie solche für die kopfarbeitenden Berufsstände maßgebend sind.

3. Beteiligung der Lehrer, Eltern und Schüler an der Schulverwaltung.

1. Hinsichtlich der Beteiligung an der örtlichen Schulverwaltung stellen wir uns für die Verhältnisse der Gewerkschaften auf den Boden unserer in der Denkschrift des „V. B. G.“ (Seite 14 und 15), die örtlichen Gewerkschaftsausschüsse betr., niedergelegten Ausführungen.
2. Die Beiratsbildung eines Eltern- und Schülerrats nach allgemeinen festzulegenden Grundsätzen zu diesen Gewerkschaftsausschüssen zur Mitwirkung in der Schulpflege dürfte sich empfehlen.

4. Körperliche Erziehung und Jugendpflege.

1. Die durch die Einführung des Achtstundentages in Industrie und Gewerbe gewonnene Zeit muß restlos einer richtigen körperlichen und geistigen Erholung und Jugendpflege dienlich gemacht werden.
2. Sehr oft erfolgt in der beruflichen Praxis eine einseitige Beanspruchung und Belastung des noch im Wachsen begriffenen Körpers oder einzelner Körperteile, was nicht selten zu den sogenannten Berufskrankheiten und körperlichen Umbildungen, Verkrüppelungen und Verkümmierungen führt.
3. Zur möglichen Verhütung dieser Erscheinungen und zur körperlichen Erziehung und Gesunderhaltung unserer werktätigen Jugend im Sinne einer wahren Volkshygiene ist eine pflichtmäßige Beteiligung derselben an systematisch geleiteten Leibesübungen und Körperpflege eine absolute Notwendigkeit.
4. Durch Errichtung von Besse- und Spielflächen und deren entsprechende Einrichtung durch Belebung und Förderung aller jugendpflegenden Einrichtungen, müssen die Freizeiten auch des Gewerkschaftlers zu geistig-seelischen Bildungsmedien ausgenutzt und damit eine Erneuerung und Bereicherung des gesell-

schafflichen Lebens auch der arbeitenden Kreise angeht, werden.

4. Die Durchführung dieser Forderungen sollte hauptsächlich Aufgabe der Jugendvereinigungen sein, in denen sich die Jugendlichen unter Leitung beruflich vorgebildeter Jugendleiter in junger Weise nach eigener Wahl zusammenfinden.

Aus der Partei.

Das Betriebsrätegesetz und der 13. Januar.

Vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei werden die zwei sehr wirkungsvollen Reden der Abgeordneten Bauer und Osteroth als Flugblätter in einseitig großer Umfang herausgegeben, ebenso ein Flugblatt, das die Vorgänge vom 13. Januar nach authentischen Berichten darstellt. Beide Flugblätter erscheinen in Massenauflagen. Im Interesse der Ausklärung der Bevölkerung über die Wirkung und den tatsächlichen Wert des Betriebsrätegesetzes und zur Illustration der verheerenden Folge der Unabhängigen ist beiden Flugblättern die größtmögliche Verbreitung zu sichern.

Singen b. Durlach, 3. Febr. Kommen Sonntag, 8. d. M. nach 10 Uhr, findet im Gasthaus zur Sonne eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Söllingen. Die ursprünglich auf Sonntag, 1. Februar, anberaumte Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins mußte auf Sonntag, 8. Februar, verschoben werden. Am Freitag, 6. Februar, wird hier Gen. Redakteur Schöpflin in einer öffentlichen Volksversammlung sprechen und damit den kommenden Wahlkampf einleiten. Arbeiter und Parteigenossen, sorgt durch rege Agitation für einen Massenbesuch!

Unterwiesheim, 3. Febr. Nächste Samstag, 7. Febr., abends 9 Uhr, findet im Gasthaus zum Schwann die monatliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Es ist Pflicht der Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

I. Dörflingen, 3. Febr. Nächste Samstag, 7. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zur Sonne die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Jeden 1. Samstag eines jeden Monats Versammlung im Lokal zur Sonne.

e. Miesbach, 3. Febr. Sonntag mittags 12 Uhr, findet im Lokal zur Eintracht unsere diesjährige Generalversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht der Genossen, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Auch Freunde unserer Sache sind willkommen.

h. Sell a. S., 2. Febr. Die am 17. Jan. stattgefundene Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins war gut besucht. Die Mitgliedschaft kann auf ein reiches Tätigkeitsfeld zurückblicken und sieht trotz der heftigen Agitation der U. S. R. kräftig da. Der Vorsitzende, Gen. Landström, wies auf die kommenden erlittenen Kämpfe hin und betonte, daß es mehr denn je notwendig sei, die äußerste Kraft eines jeden Genossen der Partei zur Verfügung zu stellen. Bei der Neuwahl der Verwaltung wurden folgende Genossen gewählt: zum 1. Vorsitzenden August Landström, zum 2. Vorsitzenden Josef Kober, Schriftführer Eugen Herrmann, Kassier Eberhard, als Beisitzer August Schwab und Aris Heilmeyer. Der Punkt „Verschiedenes“ brachte eine lebhaft ausgeführte Angelegenheit, man möge in kommunaler Hinsicht mehr arbeiten. Mit dem Appell, eine rege Agitation zu entfalten, auch für unsere Parteipresse, schloß der 1. Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Gemeindepolitik.

Betriebsweise des Freiburger Stadttheaters.

1. Freiburg, 3. Febr. Bei dem Kapitel „Betrieb des Stadttheaters 1920/21“ einigte man sich in der Beratung im Stadtparlament für die Wiedereinführung der einzelnen städtischen Regie anstelle der vorübergehend in Geltung gewesenen gemischt-wirtschaftlichen Betriebsweise des Stadttheaters. Dem Leiter des Musikempels, Direktor Schwantge, wurde fast ausnahmslos verdient Lob gezollt, doch bemängelte man, daß im Spielplan Oper und Operette auf Kosten des Schauspielbezugs zu weit zurückgefallen. Von demokratischer und sozialdemokratischer Seite regte man an, dem modernen Zeitgeist durch Aufführung lebender Autoren mehr entgegenzukommen. Allgemein war man sich darüber einig, daß heute, in der Zeit des materiellen und wirtschaftlichen Notstandes, das Theater ein erstklassiger Kulturförderer sei, das als Bildungs- und Erholungsstätte das Beste leistet, was möglich ist. In dieser Erkenntnis stimmte man trotz finanzieller Bedenken dem gegen früher reichlich hoch bemessenen städtischen Zuschuß von jährlich 890 000 M. zu.

Offenheim, 3. Febr. Gemeinderatnehmer Osterle ist mit 475 Stimmen von 826 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister unserer Gemeinde gewählt. Für ihn hatte das Zentrum und eine Anzahl Sozialdemokraten gestimmt.

1. Freiburg, 3. Febr. Die wiederholte und vielumstrittene Frage der zweimächtigsten Bewirtschaftungsmethode des städtischen landwirtschaftlichen Besitzes, des Rieselfeldes, hat seitens des Stadtrats zu einer nochmaligen eingehenden Prüfung und Stellungnahme gegenüber dem Bürgerausschuß geführt. Die aus der Bürgerschaft der Stadt und von den umliegenden Gemeinden des Gutes gemachten Vorschläge über Verpachtung, sei es nun im ganzen oder parzellweise, werden in einer ausführlichen Druckschrift als für die Stadt in keiner Weise vorteilhaft bezeichnet. Man will vielmehr, wie bisher, die Eigenwirtschaft des Gutes weiterbetreiben. Man glaubt, daß damit der Nutzen und die Vorteile der Stadt, besonders bezüglich der Milchgewinnung, am besten gewahrt bleiben. Der Bürgerausschuß pflichtete dieser Anschauung in seiner großen Mehrheit, mit allen gegen sieben Stimmen, bei; auch wurde der Stadtrat ermächtigt, mit dem bisherigen provisorischen Verwaltungsrat des Rieselfeldes, Herrn Schöneberger, einen Vertrag für längere Zeit abzuschließen.

Weinheim, 4. Febr. Bei der Bürgermeisterversammlung wurde Arbeitersekretär Stodt-Heidelberg mit 44 Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten gewählt. Die bürgerlichen Parteien enthielten sich der Abstimmung.

Aus dem Landesverbande städtischer Beamter. Vor kurzem fand im Rathaus zu Karlsruhe eine Sitzung des Landesverbandes städtischer Beamter unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors Weiler statt. Als Punkt 1 stand die Beratung der neuen Feuerungsbeihilfe zur Beratung. In Bezug auf die Feuerungsbeihilfe wurde beschlossen, das System des badischen Beamtenbundes, bestehend in einem monatlichen Zuschlag zu den bisherigen Ausgleichszulagen und einem festen Satz für die Kinder unter Befehl der Feuerungsbeihilfen, anzunehmen. Da die monatliche Überfeuerungsbeihilfe von 300 M., wie sie der badische Beamtenbund beantragt hat, nicht genügt, will der Landesverband bei den Städten eine Überfeuerungsbeihilfe von monatlich 400 M. und entsprechend

der Forderung des Beamtenbundes, für jedes Kind monatlich 50 M. beantragen. Die Vertreter von Mannheim erklärten sich bereit, den Anschluß Mannheims an dieses System in Ermäßigung zu sieben unter Verfügung auf ihren Antrag auf Erhöhung der Ausgleichszulagen um 200 Prozent, den sie vor einiger Zeit zusammen mit den Lehrern dem Stadtrat Mannheim unterbreitet haben. Der Anspruch der Vertreter Mannheims und Heidelbergs auf Beibehaltung der bisher den dortigen Beamten ausbezogenen Feuerungsbeihilfen von täglich 3 M. soll unterjocht werden. Eine Kommission wird diese neuen Anträge beim Stadtrat vertreten. Als zweiter Punkt stand die Frage des Einheitsstarfs auf der Landesordnung. Der Vorstand beschloß, auf der Grundlage eines siebenstelligen Tariffs anstelle des bisher in Frage stehenden neunstelligen Tariffs, besonderer Wert soll darauf gelegt werden, daß den Beamten bei der Frage der Einreichung in den Tarif das volle Mitspracherecht gewährt wird.

Am Tarifentwurf der Gemeindebeamten. Die Vertreter der Beamten von 25 mittleren Städten und größeren Landgemeinden der Kreise Brrach und Kreibitz haben anläßlich der Beratung des Tarifentwurfs der Gemeindebeamten der mittleren Städte und Kreise folgende Resolution gefaßt: Die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter der Gemeinden, welche denen der Reichs- und Staatsbeamten angepaßt werden müssen, kann nur dann durchgeführt werden, wenn die Anteile der Gemeinden an der Reichseinkommen- und Kapitalertragsteuer die jetzt auf einen bestimmten Betrag festgesetzt sind, entsprechend dieser Mehrbelastung erhöht und das im Entwurf vorliegende Landesbeihilfengesetz entsprechend geändert wird. Wir richten an die Gemeinden und die Beamten und Arbeiter derselben die Aufforderung, bei Regierung, Landtag und Parteien geschlossen hierauf hinzuwirken und zu vermeiden, daß die Gemeinden ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern wegen Unzulänglichkeit der Mittel die dringend nötige soziale Fürsorge versagen müßten.

Jugend und Sport.

Der Fußball im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Am vergangenen Sonntag fand die Austragung des städtischen Turnspiels Freie Turnerschaft Karlsruhe I. und II. Mannschaften gegen Freie Turnerschaft Ettlingen I. und II. Mannschaften auf dem Plage des letzteren Vereins statt. Die Karlsruher Mannschaft konnte, obwohl durch einen geschwächten Spieler für sich entscheiden. Mit einem kräftigen Freischießer besaß die Karlsruher Mannschaft mit 6:0 Toren den Platz. Das Spiel der II. Mannschaften, das bedeutend ruhiger und schöner verlief wie das vorrige, konnte Karlsruhe ebenfalls mit 5:1 Toren für sich entscheiden.

Am Sonntag, 25. Jan., trafen sich die Mannschaften der Freien Turnerschaft Karlsruhe und die der Freien Turnerschaft Durlach zur Austragung des Kampfes auf dem Plage des Durlacher Vereins gegenüber. Dieser Tag kann als der Tag der Arbeiterturnbewegung bezeichnet werden. Schon lange vor Beginn des Kampfes der I. Mannschaften war eine große Zahl Zuschauer angewesen, ein Zeichen, daß nun endlich auch der Arbeiterturnsport von der Arbeiterschaft die ihm gebührende Beachtung gefunden wird. Beide Mannschaften lieferten ein sehr gutes Kombinationspiel. Halbzeit 0:0. Nach Wiederbeginn geht Karlsruhe kräftig los. Eine Flanke des Rechtsaußen wurde durch den Schützen durch Kopfball tadellos verwandelt. Nun legte sich Durlach immer ins Spiel und konnte durch gut platzierten Schuß ausgleichen. Es sah so aus, als wolle das Spiel mit dem Stande von 1:1 Toren ausfallen. Da kurz vor Schluß spielte der linke Verteidiger von Karlsruhe und der vorrückende 11 Meter wurde von Durlach tadellos zum siegreichenden Tor verwandelt.

Soziale Rundschau.

Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein.

Daß Staatsbetriebe nicht immer Musterbetriebe sind, geht aus folgenden, uns vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angelegenen Zuschriften hervor. Sie handeln vom Arbeitsverhältnis im „Marlgrafenbad“ in Badenweiler und bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Beim „Marlgrafenbad“ in Badenweiler sind eine Anzahl Bediensteter und Aufwärtinnen seit 12-14 Jahren während der Saison beschäftigt. Nach der jeweiligen Saison werden dieselben entlassen, trotzdem noch reichlich Arbeit vorhanden wäre, verursacht durch die verfallene Saison und durch Verletzung von Arbeitsunfähigkeiten für die folgende Saison. Für solche Arbeiten ist jedoch die Badekommission, an deren Spitze der Herr Amtmann steht, nicht zu haben. Ein Gesuch an das Ministerium, in welchem die falsche Ansicht des Herrn Amtmanns dargelegt und um dauernde Beschäftigung der Bediensteten nachgesucht wurde, verfiel der Ablehnung, weil der Herr Amtmann von Mühlheim auf Ansuchen von Herrn Ministerialrat Arnold sein Gutachten dahin abgab, daß keine Arbeit da sei.

Die Leute schlossen sich nun dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband an und dieser richtete ein weiteres Schreiben an das Ministerium, in welchem die falsche Behauptung des Amtmanns von Mühlheim nachgewiesen und die reichlich vorhandene Arbeit im Einzelnen aufgezählt wurde. Wieder das selbe Schicksal! Das Ministerium, diesmal zur Abwechslung Herr Ministerialrat Flab, riefen wieder den Amtmann von Badenweiler zu Hilfe und wieder wurde der Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß keine Arbeit vorhanden sei. Am 28. November wurde eine neue ausführliche Eingabe, in der mehr wie genügend Arbeit nachgewiesen war, dem Ministerium direkt unterbreitet und zwar wurde dieselbe beim Sekretär des Ministers abgegeben, da sie an diesen selbst gerichtet war. Gleichzeitig war darauf hingewiesen, daß die Badekommission die Badenweiler den ganzen letzten Sommer mit dem Schuldohn von acht Mark täglich abgepeist hat, während ihnen nach den staatlichen Sätzen 12-15 M. zu zahlen hätten. Es wurde nachgefragt, weshalb Weiter hat die Badekommission unter der Führung des „sehr sozial“ betriebligen Herrn Amtmanns von Mühlheim diesem Personal die staatliche Beschäftigungszulage nicht ausbezahlt, jedenfalls weil der Stichtag der 1. November war und das seit 12 und 14 Saisonen beschäftigte Personal gerade am 31. Oktober an die Luft gesetzt worden ist. Seither ist über alle Willkür hinweg kein Mensch mehr Antwort.

Gerade kein besonders großes soziales Verständnis legt die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues an den Tag. Mit Mühe und Not wurde im Laufe des Sommers ein Tarifvertrag für die Arbeiter der Rheinbauinspektion Freiburg und Karlsruhe zustande gebracht, der, was sozialen Inhalt anlangt, der schlechteste ist, der in diesem Jahr zwischen Gemeindearbeiter, arband und irgend einem anderen, auch privaten Arbeitgeber getätigt wurde. Von sozialem Verständnis ist eben bei diesem Staatsbetriebe wenig zu entdecken. Interessant wäre auch, über die Art und Weise, wie die Verhandlungen geführt wurden, zu berichten, wir wollen Raum mangels Haiber davon absehen, sondern nur bemerken, daß der Abschluß von Mai bis Anfang

Januar gedauert hat. Gewiß eine „sehr fleißige“ Arbeit. Nun kommt die Nachricht, daß die Rheinbauarbeiter der Inspektion Freiburg heute noch nicht im Besitze der Beschäftigungszulage sind, die den übrigen Arbeitern im November ausbezahlt wurde. Die Nachzahlung des Lohnes vom März bis Mai wurde glücklich im Januar vorgenommen. Weiter sollen die Arbeiter nach 2100 im Jahr vorher geleisteten Arbeitsstunden Erholungsurlaub bekommen. Bei der Rheinbauinspektion Karlsruhe sind zwei Arbeiter, von denen einer 35 Jahre, der andere 20 Jahre im Dienst ist. Beide waren letztes Jahr längere Zeit krank und konnten daher die geforderten 2100 Stunden nicht zusammenbringen, weshalb sie den Urlaub bekommen, den sie in ihrer langen Dienstzeit haben sollten, nicht erhielten. Auf erhobene Beschwerde nach die Rheinbauinspektion Karlsruhe die geradezu skandalöse Antwort, daß den Arbeitern die paar Tage Urlaub nicht ausreichen, weil — ja weil sie eben keine 2100 Stunden hätten.

Es wäre doch höchste Zeit, wenn die maßgebenden Behörden in eine solche arbeiterfeindliche, jedem sozialen Empfinden im Gesicht schlagende Wirtschaft hineinleuchten und für Abhilfe sorgen würden.

Ein Notruf der Arbeitsinvaliden und Armenrentner! Die furchtbare Notlage der Arbeitsinvaliden — Alters- und jugendliche Armenrentner usw. — zwingt dieselben, sich an die Volksvertretungen, Regierungen, Gemeinde, Parteien wie alle deutschen Frauen zu wenden. Mit ihnen auf dem Felde der Arbeit bestimmten Klassen und den verbrauchten Körperkräften sind diese Armenrentner bis jetzt überhaupt keine Hilfe erhalten und sind dieselben in den meisten Fällen auf das Armenamt als Zufluchtsstätte angewiesen. Wir wollen heute nicht die für den Einzelnen so beschämende und fränkliche Form der Armenpflege einer besonderen Kritik unterziehen, aber gesagt muß werden, daß die von den Gemeinden aufgestellten Kommissionen für die Bedarfsliste und die geübte Praxis der Festsetzung der Höhe der Unterstufungen geradezu zum Himmel schreien. Unterstufungen und Nichtstufungen von 5, 6, 8 und 10 M. die Woche gelten bei ihnen als ausreichend. Angesichts der Feuerungsbeihilfe ohne gleichen, erleben die Unterstufungsempfänger öffentlich ihren Ruf um Hilfe, um sofortige staatliche und gemeindefeldige Hilfsaktionen, wenn nicht viele Tausende ihrer Leidensgenossen elendig zugrunde gehen sollen.

Die Unfälle, Invaliden, Alters-, Witwen- und Waisenrentner, welche gemäßigt, selbst an der Geburt ihrer wirtschaftlichen Lage mitarbeiten, wären verpfändeter ihrer Organisation beizutreten. Für Mittel- und Oberstufen werden Anmeldeungen durch Karl Knödler, Lahr i. B., Marktstraße 25, entgegengenommen.

Die drückende Not der Kriegsbekämpften. Der Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen veröffentlicht einen Aufruf, den sich auch der Zentralverband und der Reichsbund der Kriegsbekämpften angeschlossen haben. Der Aufruf bezeichnet es angesichts der verschlechterten wirtschaftlichen Lage als eine unabweisbare Notwendigkeit, daß die unzulänglichen Versorgungsgebühren der Kriegsbekämpften und Hinterbliebenen erhöht werden und bittet zum Schluß die gesamte Bevölkerung, sich an den in den nächsten Tagen stattfindenden Massenkundgebungen für die Kriegshelden in Deutschland zahlreich zu beteiligen.

Genossenschaftsbewegung.

Vorwärts im neuen Jahre!

Ein sehr erstrebenswertes Ziel hat die badische Konsumgenossenschaftsbewegung mit Ende des vergangenen Jahres erreicht. Nachdem der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, die Konsumvereine Pforzheim, Ettlingen und Donaueschingen sich nunmehr dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen, ist im Kreislande Baden jede Konsumgenossenschaftlicher Arbeit beteiligt. Dieses an der Schwelle eines neuen Jahres hier feststellen zu können, gereicht uns zur Freude und heben wir die bestimmte Gewissheit, daß eine weitere gesunde, kräftige Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung durch diese Einheitsfront und Geschlossenheit befördert ist. Es soll uns angelegen sein, an dieser Stelle die Leser unseres Blattes über alles Beachtenswerte auf Konsumgenossenschaftlichem Gebiete zu unterrichten.

Das deutsche Volk hat alle Verantwortung, bei Wiederaufrichtung seiner Wirtschaft sich der besten Werkzeuge zu bedienen. Eines der neuen und erprobten Werkzeuge heißt Genossenschaft. Wenn wir schon oft die Wahrnehmung machen konnten, daß uns die Engländer auf dem Gebiete der Konsumvereine voraus sind, so trifft genau daselbe auch auf wirtschaftlichem und insbesondere auch auf dem Gebiete der Konsumgenossenschaftsbewegung zu. Von etwa 4 Millionen Einwohnern Englands und Schottlands sind rund 4 Millionen den circa 1500 Konsumvereinen angeschlossen. Der Umfang dieser Vereine betrug im Jahre 1918 über 5 Milliarden Mark. Den 45 Millionen Einwohnern stehen in Deutschland rund 65 (1918) gegenüber und der Umfang betrug noch nicht eine Milliarde. Was uns da von England als Vorbild gezeigt wird, das müssen wir kennen und wir können es, wenn wir wollen und wir haben keine Wahl, weil wir müssen!

Berichtszeitung.

Eine Tabakrevolte. Vor der Offenburger Strafkammer hatten sich neun Landwirte aus Ungburt und umliegenden Orten zu verantworten, die an der Tabakrevolte beteiligt waren, die sich am 2. Juli vorigen Jahres in Ungburt abgespielt hatte. Damals sollten bei den Landwirten Kurath etwa 200 Zentner Tabak beschlagnahmt werden. Während die mit der Beschlagnahme des Tabaks beauftragten Gendarmen diesen auf einen Wagen aufladen wollten, wurde plötzlich Sturm geläutet und 100 bis 150 Personen ritten sich heim. Die Gendarmen, die gegen die Gendarmen eine derart drohende Haltung einnahmen, daß diese sich, um ein Wortbeispiel zu vermeiden, zurückziehen mußten. Als die Menge sich schließlich verlaufen hatte, versuchten die Gendarmen ein zweites Mal den Tabak aufzuladen, aber wiederum sammelte sich auf dem Platz der Sturmgeläute eine große Menge. Erst als Tags darauf Volksmehr aus Karlsruhe, Pforzheim und Mühl eintraf, konnte die Beschlagnahme des Tabaks erfolgen. Einige der an der Revolte Hauptbeteiligten erhielten 300 M. Geldstrafe, einige andere wurden zu je vier Wochen Gefängnis verurteilt.

nen über die Verhandlungen mit dem Mittelständigen Brauereierverband entgegen, der Geschäftsführer Hitz nach bekannt, daß die Brauereien sich wie immer sehr hartnäckig zeigten. Sie sprachen von einer kolossalen Notlage, schlechten Geschäftsgängen, Arbeiterentlassungen u. dergl. mehr. Trotzdem ist nachgewiesen, daß verschiedene Brauereien ihre Dividenden erhöht haben. Sie erklärten es damit, daß sie sich in Friedenszeiten jährliche Reserven zurücklegen konnten, was ihnen jetzt aber nicht mehr möglich sei. Von der Lohnkommission wurde entgegengehalten, daß die Arbeiter auch Reserven hätten, die aber nun nicht aufgebraucht sind. Nun mögen auch die Herren Brauereiführer ihre Reserven etwas angraben. Wenn für allerhand Spenden immer tausende von Mark disponibel sind, muß auch für den Arbeiter etwas da sein. Die Arbeiter verlangten eine Zulage von 50 Prozent bis zum Ablauf des Tarifs am 1. April und für den Monat Januar eine Beschäftigungsbeihilfe von 200 M. Nach langem Sträuben erklärten sich die Brauereiführer bereit, eine Zulage von 40 M pro Woche und für den Monat Januar eine solche von 80 M zu gewähren. In der Diskussion protestierten alle Redner gegen dieses Angebot, man müßte unbedingt an der geringen Forderung festhalten. Schließlich stimmte die Versammlung dem Angebot zu, aber nur für den Monat Februar. Für den Monat Januar müssen unbedingt 85 M pro Woche, wie es die Kommission zugestanden, verlangt werden. Ferner wurde noch gewünscht, der Arbeiterzeitung zu empfehlen, den heutigen Verhältnissen Rechnung zu tragen und trotz der Verknappung des Bieres auf die Brauereiarbeiter etwas Rücksicht zu nehmen und nicht dem Beispiele des Arbeiterausschusses der Maschinenfabrik Grigner zu folgen, der den geeigneten Bierbedarf abstellte, wodurch ebenfalls viele Brauereiarbeiter brotlos werden. Wenn die Leute dann Arbeitslosenunterstützung begehren, so muß es letzten Endes doch die große Masse bezahlen.

Arbeiter, Angestellte, berücksichtigt die Geschäfte, die organisierte Geheilen beschäftigen. Vom Fleischerverband wird uns geschrieben: Gelegentlich der Aufhebung des Kundenzwanges für Fleischwaren sei an alle Gewerkschaftsangehörigen und an die Mitglieder des Lebensbedürfnisvereins die Bitte gerichtet, unterhältlich durch Gern Fleisch- und Wurstkauf unsere hiesige Verbandsgruppe, indem ihr euch bei den Firmen eintragen laßt, die unsere Mitglieder Arbeitsgelegenheit geben. Es sind dies die Firmen: Gehlrich & Henkel und Stefan Carlsner mit Filialen, Hand- und Kopfarbeiter, alle erwerbsfähigen Konsumenten von Karlsruher, unterstützt uns wie wir auch jede eure Gruppe ebenfalls fleißig unterstützen.

Verammlung der Angeheilen. Die Angeheilen von Karlsruhe und Umgebung haben heute abend 1/2 Uhr im großen Saal der Festhalle eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der über die Erhöhung der Grundgehälter und die Gegenwärtigen der Arbeitgeberverbände verhandelt wird.

Volksliederabend. Am kommenden Samstag veranstaltet der Sängerbund Vorwärts im großen Festhallsaal einen Volksliederabend mit nachfolgendem Ball. Seither erfreuen sich die Konzerte des genannten Vereins insbesondere bei der Arbeiterzeitung der regsten Anteilnahme und dürfte auch die bevorstehende Veranstaltung eines vollen Hauses gewiß sein, zumal die Reichhaltigkeit des Programmes einen künstlerischen Reiz gewährleistet. Als Mitwirkende haben zugesagt Frau Elisabeth Stürmer (Violine) und Herr Hub. Malbetta, Violonist am hiesigen Landestheater, die sich durch ihre Leistungen bereits einen geschätzten Ruf erworben haben. Dem aus 150 Sängern bestehenden Männerchor unter Leitung ihres Chorleiters Herrn Willy Eißler, dürfte es ein Leichtes sein, die Anerkennung der Zuhörer zu erringen. Der Beginn des Konzertes ist auf 1/2 Uhr festgelegt und es würde sich empfehlen, rechtzeitig im Vorverkauf einen Platz zu sichern, schon um Störungen während des Gesanges zu vermeiden. Im übrigen verweisen wir auf das diesbezügliche Inserat.

Lebungskurs für Metallarbeiten. Das Landesgewerbeamt beabsichtigt, Ende Februar oder anfangs März einen Lebungskurs für Metallarbeiten und -farben, verbunden mit Übungen in Metallbrühen und Gefäßformen für Schlosser, Mechaniker, Kupferschmiede usw. zu veranstalten. In ihrem Verufe beherrschte Kriegsbeschädigten wird die Teilnahme als leichteste Arbeit besonders empfohlen. Der Kurs dauert 3 1/2 Wochen. Der Unterricht ist unentgeltlich. Unbemittelten Teilnehmern kann zur Vorkostung der Aufenthaltskosten eine Beihilfe aus der Staatskasse bewilligt werden. Anmeldungen zu dem Kurse sind umgehend bei dem Landesgewerbeamt in Karlsruhe einzureichen.

Stiftungsversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Städtischen Hilfsvereins. Am 20. Januar ds. Js. tagte im Saale zum „Elefanten“ die hiesige Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Städtischen Hilfsvereins. Der Saal war bis auf den letzten Platz dicht besetzt. Der Vorsitzende Herr Rechtsanwalt Böjen eröffnete den Jahresbericht. Er gab zunächst ein allgemeines Bild über die im vorigen Jahre erfolgte Gründung der Ortsgruppe, die von den Hilfslingen selbst mit wenigen Mitteln ins Leben gerufen wurde. Am 24. Juli wurde die Ortsgruppe gegründet, die nunmehr 700 Mitglieder zählt. Der Verein betrachtet es als seine Aufgabe, auf die maßgebenden Behörden einzu-

wirken und diese zur Unterstützung der bedürftigen Hilfslinge zu veranlassen. Aus dem Bericht ist noch zu erwähnen, daß gegenwärtig der Hilfsverein 310 Kinder betreut wurden, wofür die Besorgung der Lebensmittel durch die Stadtverwaltung in anderer Weise sich außerdem die Stadtverwaltung in anderer Weise gesichert. 640 Rentner Holz wurden unter Tageslohn an die Hilfslinge abgegeben. Aus dem Kassabericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 27 872,14 M und die Ausgaben 26 631,45 M betragen. Von Spendern des Vereins wurden demselben 5400 M überwiesen. Das Vereinsvermögen beträgt 2820,59 M. Für die Neuwahl des Vorstandes unterbreitete der bisherige Vorstand der Versammlung eine Vorlageliste, die in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Diebstähle. (Polizeibericht vom 5. 2. 20.) In der Südstadt wurden in der Nacht vom 3. auf 4. Februar die Kisten einer Hausfrau und ein Koffer eines Kellners von unbekanntem Täter entwendet. Aus einem verschlossenen Kleiderschrank eines Gasthauses in der Südstadt wurden in der Nacht vom 3. auf 4. d. Mts. Kleider im Werte von 500 M gestohlen. Der Täter ist noch nicht ermittelt. Aus unverschlossenen Zimmer eines Hauses in der Werderstraße wurde ein Sekretär mittels Nachschlüssel geöffnet und daraus der Betrag von 3 bis 400 M von unbekanntem Täter entwendet. In der Nacht vom 3. auf 4. d. Mts. wurde der Keller eines Hauses in der Mittelstadt erbrochen und daraus Entwendetes im Werte von 300 M von unbekanntem Täter entwendet. In Beierheim wurde von einem Spielplatz in letzter Zeit Spielgerät im Werte von 100 M von unbekanntem Täter entwendet. Wegen Fortdiebstahls gelangte zur Anzeige ein Tagelöhner aus Mühlburg, der im Hördwäldchen einen Kirchbaum fällte und entwendete.

Veranstaltungen.

Groß-Circus-Zoo Karl Holz Müller hat bereits mit dem amphotheatralischen Nieseneinbau in der städtischen Ausstellungshalle begonnen. Gewaltig groß sieht der Innenraum der Halle aus und viele Tausende von Menschen werden Raum und Zeit finden, die Leistungen des Niesen-Unternehmens zu bewundern. Nur kurze Zeit wird Circus Karl Holz Müller hier verweilen und ist es daher ratsam, sich rechtzeitig Eintrittskarten zuzulegen. Der Vorverkauf ist ab heute im Zigarrengeschäft Hermann Mehle, Kaiserstraße 141, Ecke Marktplatz, ununterbrochen geöffnet.

Niesens-Lichtspieltheater. Waldstraße 30: „Fluch dem Schicksal“, sowie das urgelungene Lustspiel „Eine komische Komik“ in 8 Akten. — Kaiserstraße 6: „Im Rauch“. Das Regieprogramm bildet wohl der „Mole Reiter“. — Schillerstraße 22 spielt den mit großem Erfolg in der Waldstraße kürzlich aufgeführten Film „Das Geheimnis der alten Krüge“ sowie „Der Ring der drei Wünsche“.

Kleine Nachrichten.

Berlin. In den letzten Tagen kommen Nachrichten über die Spernung des Rost, Fernsprech- und Eisenbahnverkehrs in den von den Polen besetzten Abbruchgebieten. Der Verkehr nach Ostpreußen über Stettin und Danzig bleibt bis auf weiteres aufrechterhalten. Das Auswärtige Amt hat gegen die Verletzung der Verbindungen eingeleitet und die Wiederherstellung der Verbindungen verlangt.

Bremen. Durch Verordnung des Militärbefehlshabers als Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich der Reichswehrbrigade 10 ist die hier erscheinende unabhängige Bremer Arbeiterzeitung auf die Dauer von 3 Tagen verboten worden wegen Aufforderung des Blattes zu einer Demonstrationsschau.

Kiel. Im hiesigen Zeitungswesen und Druckergewerbe ist es wegen erneuter Lohnforderungen der Arbeiter zum Stillstand gekommen. Die hiesigen Zeitungen werden bis auf weiteres nicht erscheinen.

Kiel. Die nach Kiel zurückkehrende Sapa Flot-Besatzung wurde unter beschränkter Ausübung von der zehnfach versammelten Menge begrüßt. Unter Musik und Gesang vaterländischer Lieder zogen sie nach der Kaserne.

Kopenhagen. Litwinow erklärte den hiesigen Neuterforschenden auf die Frage, ob es richtig sei, daß starke russische Streitkräfte an der polnischen und rumänischen Grenze zusammengezogen seien, daß nach dem natürlichen militärischen Maßnahmen getroffen habe, daß es aber sein Wunsch sei, Frieden zu schließen und seine Heere zu demobilisieren und zur Friedensarbeit zurückzuführen. Litwinow fügte hinzu, er könne und wolle sich nicht darüber aussprechen, ob General Brusilow in die Dienste der Sowjetregierung getreten sei.

Amsterdam. „Times“ erfahren aus gutunterrichteter japanischer Quelle, daß sich im japanischen Volk eine heftige Opposition gegen das Bestreben der japanischen Regierung richtet, die Truppen in Sibirien zu lassen, wenn sich die Tschechen nicht aus Sibirien zurückziehen.

Dimerid. Dienstag abend fanden hier erste Zusammenkünfte zwischen Militär, Polizei und der Volksmasse statt, bei denen Mißverständnisse gelöst wurden.

Amsterd. „Telegraaf“ meldet aus London, daß dort drei Soldaten der irischen Garde wegen Meuterei und der Aufbebung zur Meuterei vor das Kriegsgericht gestellt wurden.

Amsterd. „Doch Chronicle“ meldet, daß die in London eingetroffenen österreichischen Industriellen für 40 Millionen Pfund Sterling Waren mitgebracht haben, die sie dort verkaufen wollen, um für den Erlös Rohstoffe einzukaufen, die sie des Preisstandes des Kronenfußes wegen sonst nicht kaufen könnten.

Osaka. „Nieuwe Courant“ meldet drahtlos aus London, daß die Vespredungen zwischen dem Schatzkanzler und den Vertretern der Finanzen, des Handels und der politischen Parteien über die internationalen Wechselkurse begonnen haben. Die Beratungen tragen privaten Charakter.

Wien. Die „Arbeiterzeitung“ aus Brünn meldet, kam es dort in einer Sitzung des hiesigen Verwaltungsverwaltungsausschusses zu großen Ärmisungen. Es handelte sich dabei um die Schließung von deutschen Schulen, wobei die hiesige Mehrheit die deutsche Minderheit moiorisierte. Die deutschen Mitglieder der Verwaltungskommission beschloffen eine Kundgebung an die deutsche Gesandtschaft und die Absendung eines Protesttelegramms an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten.

London. Das Neuerische Büro erklärt mit Bezug auf die Auslieferung des normalien deutschen Kaisers, daß die Vermutungen bezüglich des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Holland und die Verbannung der Wladode unbegründet sind. Es war keines der beiden beabsichtigt und ist noch weniger erörtert worden.

London. Wie das Neuerische Büro erfährt, ist der Termin für die Antwort Ungarns auf die Friedensbedingungen der Alliierten bis zum 24. Februar verlängert worden.

Letzte Nachrichten.

Vom Landstenergesetz.

W.D. Berlin, 5. Febr. Der Steuerausfluß der Nationalversammlung begann mit der Beratung des Entwurfs des Landstenergesetzes. Reichsfinanzminister Erzberger, der zum ersten Male nach dem Antritt an der Sitzung teilnahm, erklärte u. a.: Der Auffassung, daß die Gemeinden durch das neue Gesetz gedrückt werden, könne er nicht zustimmen. Andere Wege als die in dem Entwurf vorgeschlagenen gebe es nicht. Der Minister wies bei der Vorberatung der Notlage der Gemeinden und Länder darauf hin, daß nach einem Abkommen die gesamten Kosten der Sicherheitswehr in Zukunft zu 80 Proz. vom Reiche getragen werden. Der Entwurf stelle im übrigen nur ein Provisorium dar und sei in der vorliegenden Form zunächst nur für die Dauer von drei Jahren gedacht. Anzuwenden werde späterhin wenn nötig Änderungen vornehmen können.

Unruhen in Madrid.

Madrid, 5. Febr. Den Blättern wird aus Santander gemeldet: Der Dienstag nachmittag verlief sehr besorgt, so daß die Polizei verhängende Maßregeln gegen die Menge vorgehen und sonat von der Säuhwaffe Gebrauch machen mußte. Es gab zwei Schwerkverletzte. Die Revolutionäre sind nicht erschienen. Die Polizei mußte manifestierende Truppen zerstreuen, die die Lebensmittellieferungen in die Stadt unterbinden wollten. Truppen sind nach den Grenzbezirken abgezogen, um die Streifenden daran zu verhindern, sich nach Santander zu begeben. Die Verhaftung von Arbeiterführern hat die Lage sehr verschärft. Im Schloßhaus ruht die Arbeit.

Briefkasten der Redaktion.

S. M. Der Anwalt hat seinen förmlichen Mißbrauch noch nicht gefunden, da die Verleitung der Sache während des Krieges liegen bleiben mußte.

A. W. Grünwetterbach, Wenden Sie sich an den Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband, Karlsruhe, Kademeister 34.

Rechtsanwalt: Für Letzturteil, Freunde zum, Aus. and, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Reuillistom Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger sämtlich in Karlsruhe, Lirienstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Gaganau. (Korrekturen.) Morgen Freitag, abends 1/2 Uhr, im „Vob. Hof“; die wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Delegierten notwendig. 1920

Wassersstand des Rheins.

Wagau 503, gef. 11; Mannheim 459, gef. 17 Zentimeter.

Tabakum (ges. gesch.). Mit Tabakum wird sowohl gut fermentierter als auch gewöhnlicher, trockener u. auch fertiger, geschnittener Tabak zu einem bekömmlichen, aromatischen und gut brennenden Rauchtak gebeizt. Probepackung mit Gebrauchsanweisung, ausreichend für 8-4 Pfd. gegen Nachnahme von Mk. 3.50 (Post-Nachnahmegebid einbegriffen). Bei grösseren Mengen Sonderpreise. Landw. Versand, Karlsruhe i.B.

Stenotypistinnen werden dauernd gesucht. Städt. Arbeitsamt Jähringerstr. 100 (weiß. Abtl.)

Häuser Gefunden mit und ohne Geschäfte sowie Liegenschaften aller Art zu verkaufen durch das Liegenschaftsbüro N. Busam, Karlsruhe, Lorenzstr. 38. Telefon 5590.

Trinken Dr. Detter's Tee deutscher Herkunft. Nach Art des in China üblichen Verfahrens aus deutschen Blättern hergestellt und ein vorzüglicher Tee-Ersatz u. Tee-Zusatz. Er schmeckt ähnlich wie chinesischer Tee!

Standesbuch-Anzüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Walter Jakob, Vater Jakob Schärer, Waag-Schreiber. Clara Frieda, S. Mich. Stolz, Ingenieur. Hedwig, Vater Hermann Wolf, Kaufmann. Egon Leonore Gerda, Vater Alton Wagner, Kantbeamter. Johanna, Vat. Emil Kellermann, Bader. Walter Adolf, Vater Adolf Schneider, Schlosser. Karl Georg, Vater Friedrich Lebert, Kammler. Maria Irma Laura Augusta, Vater Erich Wolf, Konditor. Erta Amalie, Vater Emil Hagedorn, Kanzel-Mittler. Elisabeth Gertrud, Vat. Emil Weinbach, Buchdrucker. Heinz Friedrich, Vater Karl Käpfer, Baumeister. Edmund Gabriel, Vater August Bauerer, Geschäftsführer. Michael, Vater Mathias Weinlich, Handelsmann. Erta Ella, Vat. Alf. Ette, Diener. Werner Georg, Vater Alois Reebach, Bahnarbeiter. Luise Helene, Vater Karl Eberhard, Schriftföher.

Todesfälle. Mathilde, alt 2 Jahre, Vater Albert Hädt, Schreiner. Walter Emilmann, ledig, alt 22 Jahre, Sohn von August, alt 66 Jahre, Witwe von Friedr. Weisunger.

Verordnung über Mele aus Getreide.

(vom 19. Dezember 1919.)

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über eine vereinigte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Lebensmittelwirtschaft vom 17. April 1919 (Reichsgesetzblatt S. 304) wird von dem Reichsminister für Ernährung...

Die Kommunalverbände dürfen die ihnen nach § 56 Abs. 1 der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (Reichsgesetzblatt S. 635) zuwendende Mele nur an Verbraucher innerhalb ihres Bezirks abgeben.

Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung, soweit sie nicht vom Reichswirtschaftsministerium erlassen werden; sie setzen insbesondere die Zuschläge fest, die von der mit der Verteilung der Mele betrauten Stellen berechnet werden dürfen.

Der Reichswirtschaftsminister kann die in den §§ 5, 6 und 10 festgesetzten Preise unberührt regeln und Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu sechs hundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: wer den Vorschriften im § 1 Abs. 1 Satz 4, § 3, § 4, § 9 Abs. 2 zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Diese Verordnung tritt mit dem 22. Dezember 1919 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt treten die Bestimmungen über Mele aus Getreide vom 18. Oktober 1917 (Reichsgesetzblatt S. 941) und die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung vom 1. November 1917 (Reichsgesetzblatt S. 1001) außer Kraft.

Der Reichswirtschaftsminister bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung. Berlin, den 19. Dezember 1919. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt.

Vorliegendes bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, zum Vollzuge der obigen Verordnung hat das Reichsministerium des Innern folgendes verordnet:

Die aus der Selbstwirtschaft der Kommunalverbände anfallende Mele ist von diesen vorzugsweise an die Erzeuger von Brotgetreide und Gerste nach Maßgabe ihrer Ablieferungen zu verteilen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig wird unsere Verordnung vom 9. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 16), aufgehoben.

Karlsruhe, den 29. Januar 1920. O. B. 36. Die Ablieferung von Pferden an den Feindband bet.

Die in unserer Bekanntmachung vom 2. ds. Mts. angekündigte Vorunternehmung der Pferde findet im Bereich der Stadtgemeinde Karlsruhe an folgenden Terminen statt:

1. für das Stadtgebiet östlich der Adlerstraße und nördlich der alten Bahnhofsmauer (Städt) am Samstag, den 7. Februar vormittags 8 Uhr, auf dem Marktplatz (an der Durlacher Allee).

2. für den Vorort Rintheim am gleichen Tag, nachmittags 3 1/2 Uhr, beim früheren Rathaus in Rintheim.

3. für den Vorort Weierheim am gleichen Tag, nachmittags 5 Uhr, beim früheren Rathaus in Weierheim.

4. für das Stadtgebiet zwischen Adlerstraße und Hirschstraße (Mittelsied) am Montag, den 8. Februar, vormittags 8 Uhr, auf dem Platz vor der Festhalle.

5. für den Vorort Müppur am gleichen Tage, nachmittags 3 Uhr, beim früheren Rathaus in Müppur.

6. für das Stadtgebiet westlich der Hirschstraße einschließlich Mühlweg (Wehlstadt) am Dienstag, den 10. Februar, vormittags 8 Uhr, auf dem Untenbergsplatz.

7. für den Vorort Grünwinkel am gleichen Tag, nachmittags 4 1/2 Uhr beim früheren Rathaus in Grünwinkel.

8. für den Vorort Daxlanden am gleichen Tag, nachmittags 3 1/2 Uhr beim früheren Rathaus in Daxlanden.

Vorzuführen sind alle über 2 Jahre alten Pferde sowie alle über 1 1/2 Jahre alten Stutpferde und Stuten ohne Unterschied des Schlages; von der Vorführung ausgeschlossen sind sämtliche Wallache.

Karlsruhe, den 4. Februar 1920. Bezirksamt II. O. B. 42.

Die Verbraucher dürfen die Mele nur zur Befütterung in der eigenen Wirtschaft verwenden.

Der Preis, zu dem die Mele von der Reichsfuttermittelstelle, Geschäftsabteilung, G. m. b. H. (Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte) abzugeben sind, darf bei Lieferung in loser Schüttung zu zweihundertfünfzig Mark für die Tonne (1000 Kilogramm) nicht übersteigen. Er soll für Lieferung frei jeder deutschen Eisenbahnstation, § 6 Abs. 2 und 3 findet entsprechende Anwendung.

Bei Lieferungen in Ladungen unter 10 Tonnen (1000 Kilogramm) erhöht sich der Abgabepreis um die Steigerung des Kraftstoffes. Wird die Mele in Säcken geliefert, so gelten die Preise für Prätrogemehl, gleichviel, ob die Lieferung einschließlich Sack oder in eingepackten Säcken erfolgt.

Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung, soweit sie nicht vom Reichswirtschaftsministerium erlassen werden; sie setzen insbesondere die Zuschläge fest, die von der mit der Verteilung der Mele betrauten Stellen berechnet werden dürfen.

Die Bestimmung in § 1 Abs. 3 gilt entsprechend. § 12.

Der Reichswirtschaftsminister kann die in den §§ 5, 6 und 10 festgesetzten Preise unberührt regeln und Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu sechs hundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

wer den Vorschriften im § 1 Abs. 1 Satz 4, § 3, § 4, § 9 Abs. 2 zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Diese Verordnung tritt mit dem 22. Dezember 1919 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt treten die Bestimmungen über Mele aus Getreide vom 18. Oktober 1917 (Reichsgesetzblatt S. 941) und die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung vom 1. November 1917 (Reichsgesetzblatt S. 1001) außer Kraft.

Der Reichswirtschaftsminister bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung. Berlin, den 19. Dezember 1919. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt.

Vorliegendes bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, zum Vollzuge der obigen Verordnung hat das Reichsministerium des Innern folgendes verordnet:

Die aus der Selbstwirtschaft der Kommunalverbände anfallende Mele ist von diesen vorzugsweise an die Erzeuger von Brotgetreide und Gerste nach Maßgabe ihrer Ablieferungen zu verteilen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig wird unsere Verordnung vom 9. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 16), aufgehoben.

Karlsruhe, den 29. Januar 1920. O. B. 36. Die Ablieferung von Pferden an den Feindband bet.

Die in unserer Bekanntmachung vom 2. ds. Mts. angekündigte Vorunternehmung der Pferde findet im Bereich der Stadtgemeinde Karlsruhe an folgenden Terminen statt:

1. für das Stadtgebiet östlich der Adlerstraße und nördlich der alten Bahnhofsmauer (Städt) am Samstag, den 7. Februar vormittags 8 Uhr, auf dem Marktplatz (an der Durlacher Allee).

2. für den Vorort Rintheim am gleichen Tag, nachmittags 3 1/2 Uhr, beim früheren Rathaus in Rintheim.

3. für den Vorort Weierheim am gleichen Tag, nachmittags 5 Uhr, beim früheren Rathaus in Weierheim.

4. für das Stadtgebiet zwischen Adlerstraße und Hirschstraße (Mittelsied) am Montag, den 8. Februar, vormittags 8 Uhr, auf dem Platz vor der Festhalle.

5. für den Vorort Müppur am gleichen Tage, nachmittags 3 Uhr, beim früheren Rathaus in Müppur.

6. für das Stadtgebiet westlich der Hirschstraße einschließlich Mühlweg (Wehlstadt) am Dienstag, den 10. Februar, vormittags 8 Uhr, auf dem Untenbergsplatz.

7. für den Vorort Grünwinkel am gleichen Tag, nachmittags 4 1/2 Uhr beim früheren Rathaus in Grünwinkel.

8. für den Vorort Daxlanden am gleichen Tag, nachmittags 3 1/2 Uhr beim früheren Rathaus in Daxlanden.

Vorzuführen sind alle über 2 Jahre alten Pferde sowie alle über 1 1/2 Jahre alten Stutpferde und Stuten ohne Unterschied des Schlages; von der Vorführung ausgeschlossen sind sämtliche Wallache.

Karlsruhe, den 4. Februar 1920. Bezirksamt II. O. B. 42.

Allgemeine Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebene Steuererklärung für das Kalenderjahr 1919 war laut öffentlicher Bekanntmachung bis spätestens 31. Januar 1920 einzureichen. Vorher war von den Steuerpflichtigen das Anspruchsrecht geltend zu machen, fordern wir die Steuerpflichtigen nochmals auf, ihre Steuererklärung binnen 8 Tagen nachzuholen.

Die Pflichtigen der Stadt Karlsruhe und der eingemeindeten Vororte neben ihrer Steuererklärung beim Finanzamt (Rüppurstraße 8a) 2. Stock Zimmer Nr. 86 ab, diejenige der Landorte und des Amtsbezirks Ettlingen bei ihren Steuernehmern. Vorzüge sind bei den genannten Stellen zu haben.

Karlsruhe, den 2. Februar 1920. Gauptsteueramt - Finanzamt.

Gross-Circus-Schau. Karl Holz Müller. Ausstellungshalle Rathaus Karlsruhe. bereinigt in sich 4 Unternehmen. Circus, Menagerie, Völkerchau, Varieté. Samstag, den 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Bekanntmachung.

Aufhebung des Kundenzwangs für den Bezug von allgemeinen Lebensmitteln, Zucker, Fett und Fleisch. Der bisherige Kundenzwang für den Einkauf von allgemeinen Lebensmitteln, Zucker und Fett, wird mit Wirkung vom 28. Februar und für Fleisch und Wurst mit Wirkung vom 16. Februar 1920, aufgehoben.

- 1. An den neuen Lebensmittelmarken, welche in dieser Woche ausgegeben werden, sind an Stelle der Seriennummern 2 Abschnitte anzufügen. Der Abschnitt Nr. 1 (Vestellabschnitt). Der Abschnitt Nr. 2 (Ausweis). Der Abschnitt Nr. 1 ist in dem Geschäft, wo der Kunde seine allgemeinen Lebensmittel und Zucker beziehen will, abzugeben. Bei der Abgabe wird dem Kunden auf den Abschnitt 2 (Ausweis) die Nummer des Geschäftes aufzulempfen. Diesen Abschnitt hat der Kunde aufzubewahren und jedesmal beim Einkauf als Ausweis vorzuzeigen. Im Verkaufsgeschäft, in dem der Vestellabschnitt abgegeben wurde, hat dann der Kunde vom 28. Februar bis zum 21. März 1920, seine Lebensmittel und Zucker einzukaufen.

- 2. Die neue Hauswirtschaftkarte ist ebenfalls mit Vestellabschnitt und Ausweis versehen. Die Eintragung zum Bezug der Waren auf Hauswirtschaftsmarken, hat in derselben Weise zu erfolgen, wie bei allgemeinen Lebensmittel.
- 3. Die Eintragung zum Fettbezug erfolgt in der Weise, daß der obere Teil des Kopfschnittes der Fettmarkte in dem Fettverkaufsgeschäft abgegeben wird, von dem ab 28. Februar 1920 das Fett bezogen werden soll. Bei der Ablieferung dieses Abschnittes, wird auf den zweiten Teil des Kopfschnittes unter das Wort „Verteilungsgeschäft“ die Geschäftsnummer eingestempelt. Dieser Teil gilt dann beim Fetteinkauf als Ausweis.

- 4. Auch für den Bezug von Fleisch und Wurst hat eine Anmeldung zu erfolgen. Die neuen Fleischmarken sind ebenfalls mit einem Vestellabschnitt versehen. Dieser Abschnitt ist in dem Geschäft abzugeben, in dem der Kunde das Fleisch für die nächsten 4 Wochen beziehen will. Bei der Abgabe des Vestellabschnittes hat das Metzgereigehäuse auf den Stamm der Fleischkarte in die hierfür vorgesehene Spalte, die Geschäftsnummer einzustempeln. Der Stamm der Fleischkarte mit der eingetragenen Geschäftsnummer, dient beim Einkauf des Fleisches als Ausweis.

Für den Bezug von Wurst, wird diesmal den Lebensmittelmarken ein besonderer Vestellabschnitt mit Ausweis beigelegt. Der Vestellabschnitt ist in dem Geschäft, in dem der Kunde für die nächsten 4 Wochen die Wurst beziehen will, abzugeben. Bei der Abgabe ist der Ausweis ebenfalls mit der Geschäftsnummer zu versehen.

Bezugscheine für Fleisch und Wurst in Wirtschaften und Anstalten, werden künftig ebenfalls mit einem Vestellabschnitt mit einem Ausweis versehen und ist mit denselben ebenso zu verfahren, wie mit Fleischkarten.

Es steht dem Kunden frei, Fleisch und Wurst zusammen in einem Geschäft zu beziehen, oder aber getrennt in zwei beliebigen Geschäften.

Die Frist für die Anmeldung zum Bezug von allgemeinen Lebensmitteln, einschließlich derjenigen auf Hauswirtschaftsmarken, sowie für Fett und Fleisch beginnt sofort nach Empfang der neuen Lebensmittelmarken und endet am Donnerstag, den 12. Februar 1920. Nur hier bis zu dem Tage keine Anmeldung vollzogen hat, hat Anspruch auf Befreiung für die in Frage kommende Versorgungsperiode. Sämtliche Geschäftsinhaber haben die eingemommenen Vestellabschnitte, getrennt nach einzelnen Sorten, zu 100 gebündelt, unter Beifügung einer genauen Aufstellung (Abrechnungsformular), bis spätestens Samstag, den 14. Februar 1920, mittags 12 Uhr, bei der Kartenzentrale, Kartenzentrale, abzuliefern.

Bekanntmachung.

Die Aufstellgebühren für Erdrecht werden für den Stadtbezirk Karlsruhe mit sofortiger Wirkung um 60 v. H. erhöht.

Karlsruhe, d. 2. Febr. 1920. Stationsamt. 1622.

Beleidigungs- zurückerstattung!

Die unwarhnen Aussagen die ich gegen den Kaufmann Karl, Walle August, Kaufmann Karl gemacht habe, nehme ich mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück.

Karl Rohde, Wöllingen.

Täglich 15-30 Mk.

Erwerbslose, auch Frauen u. Mädchen zum Privatbesuch überall sofort gesucht. Offerten unter Nr. 1449 an das Volksrechtbüro.

Häuser

mit und ohne Geschäfte hier, und auswärts ebenso Landhäuser, Wirtschaft, Güter, teils sofort beziehbar.

M. Buzam. Liegenschafts-Büro. Derrstraße 38.

KAUFE

gebrauchte 1/2 Sektorkorke 18 Pfg. gebrauchte 1/2 Weinkorke 4 Pfg. Korkentabak W. Nolke, Bretten i. B. Aufkäufer werden gesucht. 848

Kassatt. Kassatt.

Verkauf von Alt- u. Möbel

Befichtigung ohne Kaufzwang erwünscht. Karl Rauch, Dreberstr. 3. Dreberstr. 3.

Feuerstein,

Safranstr. 26. 1176. Tel. 8181. Tel. 34816. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

An alle Angestellten von Karlsruhe und Umgebung!

Donnerstag, den 5. Februar 1920, abends 7 1/2 Uhr im grossen Saal der Festhalle!

Oeffentliche Versammlung

Thema:

Die Erhöhung der Grundgehälter und die Gegen- vorschläge der Arbeitgeberverbände.

Referenten:

Herr **Franz Kiefer** vom Ortskartell freier Angestellten-Verbände.
Herr **Emil Weissenborn** vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände.
Herr **Wilhelm Landsmann** vom Gewerkschaftsbund der Angestellten.

Massenbesuch ist gewerkschaftliche Pflicht.

Die Angestellten-Ausschüsse haben dafür zu sorgen, dass ihre Betriebe geschlossen erscheinen.

Freie Aussprache!

Freie Aussprache!

Ortskartell freier Angestelltenverbände.
Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestellten-Verbände.
Gewerkschaftsbund der Angestellten.
Zentralrat der Angestellten-Ausschüsse.

1611

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion der Gipser.

Am Samstag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr im „Auerhahn“, Schützenstrasse 28

Versammlung der Gipser.

Tagesordnung:

„**Zenerungszulage**“.

Wohlgeliebtes Erscheinen notwendig!
Mitgliedsbücher mitbringen!
Die Zweigvereinsleitung.

1621

Wiener Kinderhilfe.

Wir bitten alle Karlsruher Familien, welche ein Wiener Kind in Pflege genommen haben, am Freitag, 6. Februar, vormittags 8-12 oder nachmittags 2-6 Uhr,

auf unserer Geschäftsstelle, Kreuzstrasse 15, 3. Stock, Zimmer Nr. 27 vorzukommen und das Wiener Kind mitzubringen, damit die Haftpflicht- und Unfallversicherung der Kinder geregelt, sowie die für die Zuweisung der Lebensmittelfazien nötigen Angaben gemacht werden können. Bei dieser Gelegenheit wird eine Wechseltaxe, die nur noch für diese Woche Gültigkeit hat, ausgegeben.

Der Arbeitsausschuss für Wiener Kinderhilfe, Kreuzstrasse 15.

Angelhaken

Englische und Italiener

eingetroffen. 1628



Sport-Beier

Kaiserstrasse 174.

Zu mieten gesucht

in Karlsruhe oder nächster Umgebung 1631

groß. Lagerplatz

mit Gleisanschluss. - Offerten erbeten an
Badische Lebensmittel-Fabrik
Louis L. Stern & Co.
Karlsruhe, Bannwald-Allee 1.

Leiterwagen

in kräftiger Bauart preiswert im 1620

Kinderwagen- und Korbwarenhäuser
Schützenstrasse 20. Otto Weber Schützenstrasse 20.

Altblei und Zinn

werden stets, auch in kleineren Mengen, von uns angekauft.

Buchdruckerei des Volksfreund.

Ab Donnerstag, den 5. Februar ds. Js., ist das **Stadt. Bierordtbad**

in Wannenbäder in I., II. und III. Klasse

wieder geöffnet!

5. Badischer Landtagswahlkreis

Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. Februar, finden in nachstehenden Orten

öffentliche

Volks-Versammlungen

statt mit dem Thema:

„Republik oder Reaktion“.

Ort	Tag	Uhr	Gasthaus	Referent
Berghausen	Samstag	7 1/2		z. Kanne
Bretten	8			z. Bad. Hof
Bulach	7			z. Krone
Daglfanden	7 1/2			z. Karlsruher Hof
Durlach	7 1/2			z. Lamm
Gaggenau	7 1/2			z. Grünen Hof
Königsbach	7 1/2			z. Bad. Hof
Kronau	8			z. Sonne
Obergrombach	8			z. Sirlach
Osö	7			z. Adler
Ottensau	7			z. Strauß
Rastatt	7 1/2			z. Anter
Willerdingen	7 1/2			z. Kanne
Wolfartswieser	7			z. Linde
Ruppenheim	7 1/2			z. Linde
Wöschbach	7 1/2			z. Krone
Zeuthen	7 1/2			z. Sonne
Kus	Sonntag	7 1/2		z. Blume
Bietigheim	8			z. Sirlach
Egenstein	2 1/2			z. Deutsch. Kaiser
Ellmendingen	7			z. Löwen
Eutingen	2 1/2			z. Röhle
Forchheim	2 1/2			z. Bahnhof
Forst	2			z. Deutsch. Kaiser
Gernsbach	2 1/2			z. Bad. Hof
Göbriehem	1 1/2			z. Engel
Gochsheim	2			z. Krone
Gondelsheim	2 1/2			z. Lamm
Grödingen	8			z. Ochsen
Helmshausen	8			z. Grünen Baum
Hohenwetterbach	8			z. Hochburg
Jöhlingen	7 1/2			z. Lamm
Kangenssteinbach	2			z. Festhalle
Malach	7 1/2			z. Wahlberg
Mörsch	7			z. Löwen
Mödingen	2			z. Rathausaal
Ottersdorf	2 1/2			z. Grünen Baum
Oberweier h. Rastatt	2			z. Sirlach
Pforzheim	8			z. Saalbau
Rupheim	8			z. Krone
Sandweier	8			z. Sonne
Spielberg	2			z. Traube
Spöck	7 1/2			z. Grünen Baum
Stein	7			
Staufenberg	8			z. Grünen Baum
Teutsch-Neureuth	7			z. Krone
Ubstadt	2			z. Löwen
Unterwölsheim	8			z. Traube
Welsch-Neureuth	8 1/2			z. Feldschlößchen
Wödingen	2			z. Krone

Als Referenten haben sich zur Verfügung gestellt die im Beginn gewählten Abgeordneten: Kunigunde Fischer, Eugen Ged, Hamann, Kirschbach, Kurz, Meller, Stodinger, Trinks und Weber. Ferner die Genossen: Beck, Hermann Eichhorn, Föhler, Funt, Haebler, Hoffmann, Jöhn, Dr. Hofheinz, Dr. Kullmann, Müller-Red, Meyer, Schöpflin, Steinbrunn, Prof. Thoma, Ziegler.

Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen allerorts für Massenbesuch der Versammlung besorgt zu sein. Auch die Frauen müssen zahlreich erscheinen.

Der Kreisvorstand.
J. A. Trinks.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 5. Februar 1920 342

Die glückliche Insel.

Singspiel in einem Akt, frei nach J. Offenbach. Text von Oskar Blumenthal. Musik unter Benützung Offenbachscher Motive von Leopold Schmidt. Hierauf:

Die Jahreszeiten der Liebe

Vier Altwiener Tanzbilder v. H. Regal. Musik von Franz Schubert. Eingeleitet von J. Lehnert. Anfang 7 Uhr. (Erh. Pr.) Ende 10 1/2 Uhr.

Möbelschreiner u. Bildhauer

finden dauernde lohnende Beschäftigung bei

Gebr. Himmelheber

Möbelfabrik, Karlsruhe i. W.

Kaffiererin
sowie tüchtige **Kontoristin**
ber sofort gesucht
Suche ferner einige Leute mit guten Umgangsformen als
Platzanweiser und Portier.
Circus
Karl Holz Müller
Anstellungsbüro.

Freunden eines humoristischen Lesestoffes empfehlen wir
Die badischen Kleinstadt-Geschichten
unseres Mitarbeiters
Gen. Ferdinand Madlungers
„Steinacher Tent“.
Ersuchen erschienen im Verlag Neuf & Jitta, Konstanz. Preis Mk. 3.50 geb. Zu haben in allen Buchhandlungen, auch Volksbuchhandlung, Adlerstrasse 16. 6977

Druckerei
Buchdruckerei Volksfreund